

Wirtspolitiker

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 M. monatlich, nur Postbezug · Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto · Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend · Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

68. Jahrgang

Berlin, den 28. Juni 1930

Nummer 52

Reaktionäre Lohnpolitik

Die seit einigen Wochen unter Ausschluß der Öffentlichkeit auf Wunsch von führender Unternehmerseite gepflogenen Verhandlungen zwischen Vertretern des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und Vertretern der Spitzenverbände der Unternehmer über Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit sind inzwischen wie das Hornberger Schießen ausgefallen. Es wurden die Verhandlungen ihrer wirtschaftlichen Grundlage gemäß zwar nicht endgültig begraben, sondern ihre Fortsetzung auf Wunsch der Unternehmer dem Reichswirtschaftsrat zugewiesen. Aber auch dieses überaus widerspruchsvolle Gremium wird unter den heutigen sozialen Gegensätzen zwischen Kapital und Arbeit wohl kaum zu einem andern Ergebnis als zu einem weiteren Mißerfolg kommen. Während außerhalb des hohen Hauses in der Berliner Bellevuestraße im Getriebe der Wirtschaft sich eine Überbrückung der Krise ebenfalls in ganz andern Bahnen durchsetzen wird und muß, als es sich die Theoretiker einer Senkung der Produktionskosten auf Kosten der Arbeiterschaft immer noch vorstellen. Dafür spricht u. a. auch die Erklärung, die von den mit Zustimmung des Bundesauschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an den bisherigen Verhandlungen beteiligten Vertretern des ADGB in folgender Fassung am 25. Juni der Öffentlichkeit übergeben wurde:

Die Beziehungen zwischen den Verbänden des Unternehmens und der Gewerkschaften sind ausserordentlich von dem Gedanken, für die Erwerbslosen in Gestalt einer Sonderzuwendung an die Arbeitslosenversicherung Hilfe zu bringen. Dieser Gedanke haben wir lebhaft begrüßt. Dieser sollte in gemeinsamer Ausprägung gefaßt werden, welche Aufgaben der Arbeitslosigkeit zugrunde liegen, und es sollte versucht werden, Wege zu finden, die aus der Wirtschaftskrise herauszuführen. Die Senkung der Selbstkosten der Produktion sollte hierbei im Vordergrund der Beratungen stehen. Des weiteren sollte die Senkung der Ausgaben der Haushalte von Fleisch und Lämmern und damit die Möglichkeit der Senkung der allgemeinen Steuerlasten besprochen werden. Wir erklärten uns bereit, auf die Senkung der Selbstkosten der Produktion mitzuarbeiten unter der Voraussetzung, daß die Preise senken, die überhöhen Gewinnnehmern im Handel, namentlich und die Kaufkraft des arbeitenden Volkes nicht geschmälert, sondern in der Folge erhöht wird.

Dieser ursprüngliche Plan wurde jedoch insofern geändert durch eine Entschiedenheit der Konterparte des Unternehmens vom 3. Juni, die zu einer neuen Formulierung des Standpunktes des Unternehmens führte. Diese neu formulierte Erklärung bedeutete eine Verschärfung der Verhandlungsbasis und wurde dadurch für die Gewerkschaftsvertreter unannehmbar.

Aber auch eine von den Gewerkschaften als gemeinsame Erklärung vorgeschlagene neue Formulierung wurde von der Unternehmervertreter als unannehmbar bezeichnet. Eine gemeinsame Erklärung war dadurch der Boden entzogen.

Ein Versuch der Weiterverhandlung über einzelne Fragen wäre allseitig nicht ohne Erfolg gewesen, wenn nicht gewisse Einzelheiten wären, die von der Öffentlichkeit in Zusammenhang mit diesen Verhandlungen gebracht und als deren Ergebnisse gewertet wurden; als erstes die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspräsidenten von Deubahn, der den Lohnabau zur Vorantsetzung des Preisabbaues in der Schwermetallindustrie machte, ferner die Anträge der politischen Vertretung des Unternehmens im Reichstag, der Deutschen Volkspartei, die auf einen Lohnabau hinauslief. Nicht minder muß es im höchsten Grade befremden, daß der Verfallende des Ausschusses der Deutschen Reichsbahnverwaltung gewandt hat in dem unter Hinweis auf die kritische Lage der Reichsbahn unabweislich ein Lohn- und Gehaltsabau gefordert wird, von Tarifverhältnissen zu vermeiden. Wenn einflussreiche Unternehmervertreter für ein öffentliches Unternehmen im Augenblick der Verhandlungen der Spitzenverbände solche Vorstöße machen, so sind damit die Aussichten auf erfolgreiche Weiterverhandlungen unendlich. Die Massenfindungen in der nordwestlichen Gruppe deuten gleichfalls darauf hin, daß mit einer dem Wohle von Volk und Wirtschaft dienenden Fortsetzung der Verhandlungen nicht gerechnet werden könne. Dazu kommt noch die Nachfrist, daß die Firma Krupp in Essen, trotz des Weimarer Schiedspräsidenten, den Antrag auf Entlassung von 7 Prozen ihrer Belegschaft stellt, also trotz Lohn- und Preisabau die Arbeitslosigkeit noch erheblich vermehren will. Zudem haben die alarmierenden Mitteilungen der Presse, die den Avanz der gemeinsamen Verhandlungen häßlich willkürlich, eine Atomkette gefaßt, die fast Verlangen in der breiten Öffentlichkeit hervorzurufen. Wir halten es daher nicht für zweckmäßig, die Verhandlungen fortzusetzen, weil die vordringlichsten Voraussetzungen, eine gemeinsame Aktion zum Wohle der deutschen Wirtschaft durchzuführen, nicht mehr gegeben sind.

Damit könnte man über dieses offizielle Vorpiel am grünen Tisch zur Tagesordnung übergehen, wenn nicht gerade durch dieses Fiasko das oder die zu lösenden Probleme nur noch schärfer zum Brennpunkt der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik geworden wären. Diese Tatsache zwingt alle für eine befriedigende Lösung dieser schwersten aller Gegenwarts- und Streitfragen verantwortlichen Kreise zur entscheidenden Stellungnahme in Verbindung mit der Pflicht, alles zu prüfen und zu erörtern, was irgendwie dazu beitragen könnte, die immer fürchterlicher werdenden Folgen privatkapitalistischer Anzulänglichkeiten in ihren Ursachen zu bekämpfen und dadurch zu überwinden. Dazu gehört in erster Linie eine genaue Prüfung und Durchleuchtung der auf Unternehmerseite in Vorschlag gebrachten lohnpolitischen Kurpfuschereien, die fast durch die Bank auf nichts andres hinauslaufen, als auf eine Abwälzung eigener Schuld auf andre und auf ein gewissenloses Weiterwursteln auf dem Rücken der gesamten Arbeiterschaft.

Am besten eignet sich zu einer solchen Säuberung des kapitalistischen Zergartens eine Beleuchtung neuerer „volkswirtschaftlicher“ Bekenntnisse von Männern der sogenannten Wissenschaft, die es sich nicht nehmen lassen, ihre Befähigungsnachweis in solchen Dingen mit besonderer Deutlichkeit in den Dienst der „privatkapitalistischen Miswirtschaft“ zu stellen. Als „Stern erster Größe“, soweit dessen Ausstrahlungserhellung und Stärke in Betracht käme, möchten wir einen Aufsatz unter dem Titel „Vor lohnpolitischen Entschcheidungen“ von Egon Bandmann (Hamburg) im Heft 25 vom 20. Juni d. J. im „Wirtschaftsdienst“ („Weltwirtschaftliche Nachrichten“), herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv an der Universität Hamburg in Verbindung mit dem Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel) bezeichnen und auch dementsprechend würdigen. Das Organ selbst, in dem Herr Bandmann sein Licht leuchten ließ, läßt zwar an wissenschaftlicher Firmierung nichts zu wünschen übrig, um so mehr aber an entsprechender Objektivität der Inhalt der Bandmannschen Problemstellung und -lösung. Zwar gibt sich der Verfasser erhebliche Mühe, die Lösung des Arbeitslosenproblems als den Hebel aller neugeistlichen Sorgen zu charakterisieren, kommt aber trotz Erkenntnis aller Abfahrschwierigkeiten aus mangelnder Kaufkraft nur zu der Forderung, die Nachfrage nach weiteren Arbeitskräften durch eine nicht unerhebliche Lohnreduktion zu steigern. Will man also eine möglichst große Anzahl von aus öffentlichen Mitteln unterstützten Erwerbslosen in produktive Tätigkeit überführen, so müssen die Löhne so gestaltet werden, daß diese Tätigkeit für den Unternehmer rentabel wird“, schreibt Herr Egon Bandmann. Seine Haupt Sorge besteht also darin, jede produktive Tätigkeit für den Unternehmer, heilweise nicht für Arbeiter, rentabel zu gestalten. Was also dem ersteren recht sein soll, soll dem letzteren vorzuziehen sein. In welcher Richtung in solcher Lösung eine besondere Berechtigung des Unternehmens für alleinige Inanspruchnahme der Rentabilität des Produktionsprozesses zu suchen wäre, deutet Bandmann durch Hinweise auf Steuerdruck und die Möglichkeit der Anlage von Kapitalbesitz entweder in festverzinslichen Schuldforderungen und Hypotheken oder in für die Kapitalbesitzer rentablerer Lohnarbeit an. Je nachdem einem Unternehmer diese Chance gegeben werde, wird er aus eigenem Interesse zugreifen; sei also die Verzinsung von Unternehmerfähigkeit plus Kapitaleinsatz geringer als die Verzinsung von Schuldforderungen, dann würde auch durch die schärfsten Dekrete keine Nachfrage nach Arbeitskräften geschaffen werden können, da andere Anlagegelegenheiten seitens des Kapitals bevorzugt werden. Diese Auffassung und Beurteilung der sogenannten wirtschaftlichen Triebkräfte ist rein kapitalistisch und wä-

verständlich, wenn sie nicht ebenso einseitig wie unsozial wäre. Indem B. dem Lohnarbeiter, der doch auch sein Kapital in Form seiner Arbeitskraft und damit einen wesentlichen Teil seines eignen Lebens zu Markte trägt, das gleiche Anrecht der Rentabilität seines Kapitals nicht nur nicht verweigert, will er dessen mühsam errungenen kümmerlichen Rechte in gleichem Maße kürzen, wie sie für die Kapitalbesitzer noch erhöht werden sollen. Bandmann spart sich jede Gedankenarbeit darüber, wie es möglich wäre, diesen Widerspruch aus der Welt zu schaffen und der menschlichen Wirtschaft eine gleichberechtigte soziale Grundlage zu geben. Er sucht nur nach dem Punkt der geringsten Widerstandskraft und findet diesen seiner wissenschaftlichen „Überlegenheit“ entsprechend nur dort, wo wirtschaftliche Not überhaupt von der Sorge befreit, wie man immer noch mehr Kapital aus dem deutschen Volk herauspressen, um es dann durch rückwärtsgerichtete Preisunterbietung auf dem Weltmarkt zu verschleudern oder es auf dem Umwege über Kapitalverschiebungen nach dem Ausland einmal der deutschen Steuerleistung zu entziehen und zum andern Mal unter dem Deckmantel Reichsrenten, Schweizerischer, Holländischer oder Schwedischer Banken gegen höhere Zinsen in Deutschland weiter wuchern zu lassen! In der von gewerkschaftlicher Seite geforderten allgemeinen Herabsetzung der Arbeitszeit zur Einweihung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess sieht Bandmann nur einen recht kurzfristigen Vorschlag, weil das bei gleichem Lohn eine Erhöhung um 12 Proz. bedeute. Daß die ständig zunehmende Arbeitslosigkeit noch weit mehr Kosten verursacht, sieht dieser Wirtschaftsstrategie nicht ein. Statt dessen hat dieser „Volkswirt“, der in kühleren Tagen oder vernünftigeren Perioden seiner Laufbahn eine politisch linksgerichtete Tarnkappe mißbraucht haben soll, nun kurz vor den diesjährigen Hundstagen die Entdeckung gemacht, daß alles in der deutschen Wirtschaft für Volk und Staat sozulagen vor die Hunde ginge, wenn nicht auf schnellstem Wege eine nicht unbeträchtliche Lohnreduktion vorgenommen würde, und zwar, wie schon angedeutet, um die Nachfrage nach Arbeitskräften zu steigern, die Rentabilität der deutschen Unternehmungen sowie die Stärkung der sogenannten Unternehmerinitiative und der dazu gehörigen leitenden Persönlichkeiten nicht zu gefährden! Nach Bandmanns Ansicht stellen zwei Arbeiter mit je 40 M. Wochenlohn eine sehr viel gefündere Käuferkraft dar als ein Arbeiter mit 50 und ein Arbeitsloser mit 25 M. Denn die ersteren kaufen nach seiner Meinung viel zu viel Sachen, die der Bewarmung des deutschen Volkes gar nicht entsprechen, während die letzteren nur auf den Kauf des allernotwendigsten Bedarfs angewiesen sind. Deshalb sollte eine gestaffelte und etappenweise Reduktion bei allen Löhnen von über 20 M. je nach Lohnhöhe und Familienstand vorgenommen werden; wobei 45 M. für einen gelehrten Industriearbeiter als Nichtschmar dienen sollte. Während nach B. z. B. die erste Lohngruppe mit bis zu 25 M. Wochenlohn von einer Lohnreduktion noch verschont bleiben soll, müßte sich eine zweite Lohngruppe (mit 40 M. Wochenlohn) je nach Familienstand eine Kürzung um 5 bis 10 Proz. gefallen lassen usw.

Da so viel Liebe, Gerechtigkeit und Vernunft gegenüber der deutschen Arbeiterschaft von unsern Lesern zweifellos auf einmal nicht verdaut werden kann, wollen wir diesen volkswirtschaftlichen Raubrittertumphantasien in einem zweiten Artikel noch etwas näher rücken und dabei ähnlichen, wenn auch etwas weniger hitzerwerbenden Ideen eines gelehrten Herrn, namens Dr. J. Wilschlag, denen die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ unvorsichtigerweise die Spalten ihrer Nr. 50 vom 24. Juni unter der Überschrift „Wirtschaftskrise und Selbstkostenenkung“ geöffnet hat, einen wohlverdienten und hoffentlich nicht unwirksamen Dämpfer aufsetzen.

Die Verhandlungen der Spitzenverbände

Die Besprechungen, die zwischen den Spitzenverbänden des Unternehmertums und den Gewerkschaften seit Monatsfrist stattgefunden haben, wurden bekanntlich auf Initiative einer Gruppe von Unternehmern aus der verarbeitenden Industrie aufgenommen. Den Ausgangspunkt dieser Verhandlungen bildete der von den Unternehmern vertretene Gedanke, daß es eine sittliche Pflicht der in gesicherter Stellung befindlichen Berufsschichten der Wirtschaft sei, ihre Arbeitsgenossen, die zum Opfer der deutschen Wirtschaft geworden sind, nicht im Stich zu lassen. Die Angelegenheiten der Wirtschaft bis hinauf zu den Generaldirektoren sollten für das Etatsjahr 1930 von ihrem nichtversicherungs-pflichtigen, lohnsteuerpflichtigen Arbeitseinkommen bis zur Höhe des ungeteilten Versicherungsbeitrages einen Hilfsbeitrag zur Arbeitslosenversicherung leisten. Wenn auch nach Ansicht der Gewerkschaften dieses Notopfer keineswegs als ausreichend anerkannt werden konnte, sondern nach ihrer Überzeugung ausgedehnt werden muß auf alle von der Arbeitslosigkeit nicht erfaßten Berufsschichten, so konnte doch dieses Angebot der Unternehmer für den Anfang als eine brauchbare Grundlage der Verhandlungen anerkannt werden; um so mehr, als in gemeinsamer Aussprache die Ursachen der Arbeitslosigkeit geprüft und untersucht werden sollten, um Wege zu finden, die Vertrauenskrise der Wirtschaft zu überwinden. Dabei verstand es sich von selbst, daß die Senkung der Selbstkosten der Produktion im Vordergrund der Beratungen stehen sollte. Da diese Gruppe der Unternehmer, mit der zunächst die Verhandlungen geführt wurden, sich der Einsicht nicht zu verschließen schien, daß eine Senkung der Preise nur dann zu einer Ankerbelohnung der Wirtschaft führen könne, wenn gleichzeitig für die Sicherung der Kaufkraft und in der Folge für ihre Stärkung Sorge getragen würde, war es sachlich berechtigt, trotz der schon bei den ersten Beratungen auftauchenden Meinungsverschiedenheiten über den einzuschlagenden Weg, die Verhandlungen durchzuführen. Ferner sollte auch die Senkung der Ausgaben in Reich, Länder und Gemeinden und in diesem Zusammenhang die Möglichkeit der Senkung der allgemeinen Steuerlasten Gegenstand der Besprechung sein.

Die Vertreter der freien Gewerkschaften haben bei diesen Verhandlungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß eine Senkung der Selbstkosten der Produktion in weitem Ausmaß ohne Abbau der Löhne durchgeführt werden müsse. Sie hielten es für entscheidend, die überhöhten Kartellpreise abzubauen, deren Senkung z. B. in der Eisenindustrie ohnehin längst fällig war, da, wie auch die Unternehmer selbst zugeben mußten, die Rohstoffpreise sich wesentlich gesenkt haben. Diese Anpassung der Monopolpreise an die gesunkenen Herstellungskosten und an die veränderten Kaufkraftverhältnisse ist ohne jeden Druck auf die Löhne möglich. Ebenso vertreten die Gewerkschaften die Auffassung, daß die viel zu hohen Gewinnspannen im Handel vermindert werden müssen. Außerdem erklärten sie eine Senkung der inländischen Zinssätze und eine bessere Organisation der Kreditbeschaffung und Kapitallenkung für unbedingt erforderlich, mit dem Ziel, die Geld- und Kapitalkosten zu verbilligen. Wenn die Aktion überhaupt einen Erfolg haben sollte, müßten sich die Unternehmer darüber im klaren sein, daß das Ziel dieser Besprechungen unter keinen Umständen erreicht werden könne ohne Sicherstellung und in der Folge die Erhöhung des Reallohnes.

Nach der gemeinsamen Ausschüßung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände machte sich sichtbar der Einfluß der Schwerindustrie auf die Verhandlungsführer der Unternehmer geltend. Die Senkung und Einschränkung der personellen Ausgaben der öffentlichen Körperschaften, um eine durchgreifende Erleichterung der öffentlichen Lasten zu erreichen, eine entsprechende Anpassung der Personalausgaben in der Privatwirtschaft, die alle in ihrer tätigen Personen (einschließlich der leitenden Persönlichkeiten) einbeziehen sollte — d. h. praktisch ein Lohn- und Gehaltsabbau und Arbeiter- und Beamtenentlassungen in großen Stil, wurden nunmehr als die Voraussetzungen für einen Abbau der Preise erklärt. Maßnahmen, deren Durchführung erst gesichert sein müßten, ehe die für die Produktion und Warenverteilung verantwortlichen Organe an die Preislenkung herangehen könnten. Dabei wurde von vornherein darauf hingewiesen, daß Fehler in der Finanzpolitik die Erfüllung des unbestimmten Vorworts auf eine Senkung der Preise illusorisch machen könnten. Gleichzeitig wurde in vorläufigen Formulierungen die in den Programmen der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände geforderte Anpassung der öffentlichen Lasten an die innere deutsche Finanzkraft, d. h. ein Abbau der Leistungen der Sozialversicherung und eine Einschränkung ihrer Verwaltungskosten, in das neu formulierte Programm eingebaut. Der Gedanke eines Notopfers der in gesicherter Lebensstellung stehenden sollte nur dann in Betracht gezogen werden, wenn Regierung und Volkswirtschaft sich auf die vorerwähnten Forderungen einigten und ihre Durchführung bis in die letzten Organe der Verwaltung sicherstellten. Mit einem Wort: Ein Notopfer der noch in den Betrieben tätigen Arbeiter und Angestellten in Form von abgebauten Löhnen und Gehältern, ein Notopfer der Arbeitslosen, in Form von abgebauten Leistungen der Arbeitslosen- und der Krankenversicherung sollte die Vorbedingung dafür sein, daß auch die von der Arbeitslosigkeit nicht erfaßten Berufsschichten zu außerordentlichen geselligen Leistungen herangezogen werden.

Diese Verschärfung der Verhandlungsbaasis erschwerte den Fortgang der Verhandlungen außerordentlich und legte den Vertretern der Gewerkschaften den Gedanken nahe, sie ohne weiteres abzubrechen. Nur der außerordent-

liche Ernst der Arbeitsmarktlage veranlaßte die Vertreter der freien Gewerkschaften, sich noch an den weiteren Verhandlungen zu beteiligen. In einer gemeinsamen mit den Spitzenorganisationen der christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften formulierten Entschließung sagten sie daher noch einmal die von ihnen vertretene, in klarem Gegensatz zu den Anschauungen der Unternehmer stehende Ansicht über die außerordentlichen Maßnahmen zur Überwindung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise zusammen. An der Spitze des von ihnen formulierten Programms stand das Notopfer aller von der Arbeitslosenversicherung nicht erfaßten Kreise, in dem sie einen ersten wirksamen Schritt zur Sanierung der Reichsfinanzen erblickten, die eine Voraussetzung für jede Gesundung der Wirtschaft bildet. Die Sanierung der öffentlichen Finanzen muß ohne Abbau der Sozialausgaben möglich sein, denn ein Abbau der Leistungen der Sozialversicherung führt nur zu einer Verelendung in Versicherungsfall und kann unmöglich für die Entwicklung der Wirtschaft günstig sein. Eine sorgfältige Kontrolle aller vorgesehenen öffentlichen Ausgaben, Beseitigung der Verschwendung in der Verwaltung, Ausschöpfung aller möglichen Steuerquellen, soweit nicht durch sie eine Hemmung des wirtschaftlichen Aufschwunges zu erwarten ist, müssen Hand in Hand mit einer Verwaltungsreform eine durchgreifende Erleichterung der öffentlichen Lasten ermöglichen. Eine Ersparnis auf dem Gebiete der Sozialversicherung ist nur durch eine Vereinheitlichung der Organisation zu erreichen. Die wichtigste Aufgabe aber bleibt die Wiedereinordnung der Millionen Arbeitslosen in den Produktionsprozeß, die sie, wie schon kurz angedeutet wurde, durch eine zweckmäßigere Organisation der Kreditbeschaffung und Kapitallenkung, durch Aufnahme ausländischer Anteile für die öffentlichen Körperschaften, durch planmäßige konjunkturelle Verteilung der Behördenaufträge und die Durchführung der vom Reichswirtschaftsrat vorgeschlagenen Maßnahmen zur Beseitigung des Baumarktes erreichen wollen. Aber alle diese Maßnahmen sind nur durchführbar, wenn eine Senkung des Preisniveaus mit größter Beschleunigung durchgeführt wird. Es genügt nicht, daß nur das industrielle Preisniveau eine Senkung erfährt. Die angestrebte Senkung der Warenpreise muß sich auch im Einzelhandel auswirken. Es muß auch eine eindeutige Verminderung der Lebenshaltungskosten eintreten. Das Ziel der Überwindung der Wirtschaftskrise würde nicht erreicht werden, wenn auf unsichere Versprechungen hin das Realeinkommen gesenkt werden würde. Die ganze Aktion verliert jede Bedeutung, wenn es nicht erreicht wird, die Massenkauftkraft zu heben. Die Beseitigung des inneren Marktes ist die Voraussetzung für die Ankerbelohnung der Wirtschaft.

Der natürliche Gegensatz der Anschauungen, der sich im Verlaufe des Juni bei den Beratungen immer mehr vertiefte, wurde wesentlich vertieft durch eine Reihe von Ereignissen, die klar zeigten, daß die an den Verhandlungen beteiligten Vertreter der Unternehmer nicht genügend Einfluß auf die praktischen Maßnahmen der Schwerindustrie und auf das Vorgehen ihrer politischen Vertretung, der Deutschen Volkspartei, hatten. Der Schiedsspruch von Dönhaußen, der den Lohnabbau zur Voraussetzung des Preisabbaues in der Schwerindustrie machte, besonders seine Verbindlichkeitsklärung, die in der Folge dazu führte, daß die Senkung der Löhne nicht der Verbraucher, sondern als Extraprofit den Unternehmungen zugute kam, zeigten deutlich, mit welcher bedenkenlosen Rücksichtslosigkeit die Schwerindustrie und die beteiligten Organe der Regierung den ursprünglichen Sinn der Verhandlungen durchkreuzten. Es wurde bekannt, daß die Schwerindustrie den Reichsfinanzminister Wolffenhauer nicht zuletzt deshalb zu Fall brachte, weil er sich nicht darauf einlassen wollte, den Abbau der Löhne und Gehälter durch ein vom Reichstag zu beschließendes Gesetz durchzuführen, das die langfristigen Tarifverträge mit einem Schläge aufheben sollte. In den Beratungen wurde selbst von einigen Unternehmern anerkannt, daß während die Verhandlungen der Spitzenverbände schwebten, Arbeiterentlassungen nicht stattfinden dürften. Aber nicht nur, daß die Schwerindustrie unbekümmert zu Entlassungen und mit Hilfe der Regierung zu einem weitgehenden Lohn- und Gehaltsabbau schritt: auch der Vorstoß des Aufsichtsrates der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Herr von Siemens, wandte sich — wie es scheint, auch überraschend für die an den Verhandlungen beteiligten Unternehmervertreter — in einem Schreiben an die Reichsregierung, in dem er unter Hinweis auf die kritische Lage der Reichsbahn kurzerhand einen Lohn- und Gehaltsabbau forderte. In diesem Vorgehen liegt System. Auch die Firma Krupp in Essen hat den Antrag auf Entlassung von 7 Proz. ihrer Belegschaft gestellt, ein deutliches Zeichen dafür, daß die Schwerindustrie entschlossen ist, die Arbeitslosigkeit nicht nur nicht zu verhindern, sondern mit allen Mitteln darauf auszugehen, ihr in den letzten Jahren propagiertes Programm zu verwirklichen, nämlich die sozialen Erzeugnisse der Nachkriegszeit unter Ausnutzung der Arbeitslosennot und der Finanzalamität des Reiches zu beseitigen.

Zu diesen praktischen Maßnahmen der deutschen Schwerindustrie steht das Bekenntnis der an den Beratungen beteiligten Unternehmer zu der sittlichen Verpflichtung, die Notlage ihrer „Arbeitsgenossen“ zu lindern, in schroffem Widerspruch. Die freien Gewerkschaften hielten daher weitere Verhandlungen mit den Unternehmern angefangen der von der Schwerindustrie betriebenen Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Situation für völlig aussichtslos.

Die Vertreter der freien Gewerkschaften haben dementsprechend die Konsequenzen gezogen und betrachten diese Verhandlungen als beendet. Sie übergaben nach der letzten Besprechung, die am 24. Juni im Reichstag statt-

fand, der Öffentlichkeit die schon im Leitartikel dieser Nummer abgedruckte Erklärung. Die Vertreter der Unternehmer konnten sich dem Eindruck der Schwierigkeiten, die den weiteren Verhandlungen entgegenstehen, nicht entziehen, waren aber der Meinung, daß es zweckmäßig sei, an anderer Stelle die Fragen der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit weiter zu besprechen. Man einigte sich schließlich auf folgenden Weg: „Die Vertreter der Spitzenverbände der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind bei Fortsetzung ihrer Verhandlungen über Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit zu dem Ergebnis gelangt, daß es notwendig sei, diese Fragen im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, in dem sämtliche Wirtschaftszweige vertreten sind, zu erörtern. Die dazu erforderlichen Schritte sind bereits eingeleitet.“

Einkommensverhältnisse der deutschen Arbeiterschaft

Jeder gegen Lohn oder Gehalt Beschäftigte Deutsche muß die Einkommensteuer vom Lohnabzug entrichten. In der Praxis spielt sich das bekanntermaßen so ab, daß der Steuerbetrag vom Unternehmer einbehalten und von diesem an das zuständige Finanzamt abgeführt wird. Dieses erhält aber nicht nur die Lohnsteuerbeträge für jeden Arbeiter, sondern auch eine genaue Einkommensdarstellung jedes Lohnsteuerpflichtigen, um die Richtigkeit der Steuerbeträge kontrollieren zu können. Auf Grund dieses Materials ist die Reichssteuerverwaltung jederzeit in den Stand gesetzt, den Teil des Volkseinkommens, der als Lohn oder Gehalt verdient wird, genau festzustellen, die Zahl der gegen Lohn oder Gehalt Beschäftigten Personen anzugeben und den Einkommensaufbau der Arbeiter, Angestellten und Beamten durch zuverlässiges Zahlenmaterial zu veranschaulichen. Das über die Finanzämter gewonnene statistische Material über die Einkommensverhältnisse der erwähnten Arbeiterschichten bietet ein besonders getreues Spiegelbild der wirklichen Verdienste, da die Angaben gegenüber dem, was die Steuerbehörde bei anderen Angelegenheiten, z. B. bei der eignen Einschätzung, als „mehr“ vorgelegt bekommt, mit fast 100prozentiger Genauigkeit stimmen.

Die erste eingehende Erhebung wurde Anfang vergangenen Jahres für 1928 durchgeführt, und soeben ist, darauf Bezug nehmend, das Material für 1928 bekannt gegeben worden. Wir erfahren daraus, daß die Zahl der Lohnsteuerpflichtigen von 23,2 Millionen im Jahre 1928 auf 23,9 Millionen im Jahre 1928 gestiegen ist. Aus diesen Zahlen spricht deutlich die Vermehrung der Erwerbstätigen, die sich ja auch während des vergangenen Jahres fortgesetzt hat, und die als einer der Erklärungsgründe für die zur Zeit herrschende riesige Arbeitslosigkeit nicht übersehen werden sollte.

Die Lohnsteuerstatistik teilt die Arbeiter ein in Steuerbefreite, Steuerbefreite und Unbesteuerte. Zu den Steuerbefreiten gehören alle die Personen, die Lohnsteuer entrichten. Die Steuerbefreiten sind die, die während des Jahres mehr als 1200 M. (steuerfreier Lohnbetrag) verdient haben, die aber wegen der Erhöhung des steuerfreien Anteils für Familienmitglieder und dergleichen keine Lohnsteuer zu entrichten brauchen. Die Unbesteuerten sind jene Arbeiter, die im Jahre weniger als 1200 M. Einkommen haben. Die Zahlen für die einzelnen Gruppen sind aus folgender Aufstellung ersichtlich:

	1926	1928
Steuerbefreite	12,5 Mill.	13,5 Mill.
Steuerbefreite	0,3 Mill.	0,4 Mill.
Unbesteuerte	10,4 Mill.	10,0 Mill.

Lohnsteuerpflichtige insgesamt 23,2 Mill. 23,9 Mill.
Den prozentualen Anteil der einzelnen Gruppen an der Gesamtzahl der Lohnsteuerpflichtigen veranschaulicht folgende Tabelle:

	1926	1928
Steuerbefreite	53,9 Proz.	56,5 Proz.
Steuerbefreite	1,3 Proz.	1,7 Proz.
Unbesteuerte	44,8 Proz.	41,8 Proz.

Zusammengefaßt 100,0 Proz. 100,0 Proz.
Dieses Zahlenbild zeigt, daß die Zahl derer, die Lohnsteuer zu entrichten hatten, von 1926 zu 1928 um eine Million gestiegen ist, während die verhältnismäßig kleine Zahl der Lohnsteuerbefreiten ungefähr gleich geblieben ist und die der Unbesteuerten, also der Arbeiter mit weniger als 1200 M. Jahresentlohnung, etwas zurückgegangen ist. Immerhin war die Zahl derer, die weniger als 100 M. im Monat verdienen, mit rund 10 Millionen im Jahre 1928 noch erschreckend groß. Auch prozentual an der Gesamtzahl der Lohnsteuerpflichtigen haben die beiden ersten Gruppen, also die mit höherem Einkommen, zugenommen.

Diese Entwicklung zeigt, daß das Einkommen aus Löhnen und Gehältern stärker gewachsen ist als die Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger. Während letztere von 1926 zu 1928 um 23,2 Millionen auf 23,9 Millionen oder um rund 3 Proz. stieg, erhöhte sich das von diesen bezogene Lohn- und Gehaltseinkommen von 20,6 Milliarden auf 26,2 Milliarden Mark oder um rund 27 Proz. Hierbei ist allerdings zu bedenken, daß im Jahre 1928 noch in vielen Berufen das durch die Nachkriegszeit geschaffene tiefe Lohnniveau bestand, das erst während der darauf folgenden Jahre durch erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit gehoben werden konnte.

Interessante Aufschlüsse gibt die Lohnsteuerstatistik auch bezüglich des Wohnortes der einzelnen Steuerpflichtigen. Es wohnen in den Großstädten von den

	1926	1928
Gesamten Arbeitern	36,2 Proz.	36,6 Proz.
Steuerbefreite	62,8 Proz.	64,7 Proz.
Steuerbefreite	0,8 Proz.	0,8 Proz.
Unbesteuerte	36,4 Proz.	34,5 Proz.

Diese Ausstellung beweist, daß 1928 nur etwas mehr als ein Drittel der deutschen Arbeiterchaft in den Großstädten wohnte, daß aber dort fast zwei Drittel derjenigen Arbeiter ihren Sitz hatten, die Lohnsteuer zu zahlen in der Lage waren, während von denen mit weniger als 1200 M. Jahreseinkommen, den Unbesteuerten, wiederum nur ein Drittel die Großstädte bevölkerte. Hieraus leitet sich die Schlußfolgerung ab, daß in den Großstädten das Einkommensniveau recht erheblich über dem des übrigen Landes liegt. Neben andern Umständen, die hier ausführlich zu erörtern nicht möglich sind, hängt das auch davon ab, daß in der großstädtischen Arbeiterchaft der Gedanke der gewerkschaftlichen Organisation schon Tradition hat, wiewohl gewerkschaftliche Minderheit heute in den Klein- und Mittelstädten, wie auch in ländlichen Gegenden, in demselben Maße wie in der Großstadt zu finden ist.

Auch über die Beteiligung der Frau am Berufsleben gibt die Lohnsteuerstatistik Aufschluß. Es waren prozentual die Frauen beteiligt an der Zahl der

	1926	1928
Gesamtlohnsteuerpflichtigen mit	30,5 Proz.	31,4 Proz.
Steuerbelasteten mit	15,2 Proz.	17,5 Proz.
Steuerbefreiten mit	4,0 Proz.	12,0 Proz.
Unbesteuerten mit	49,8 Proz.	51,1 Proz.

Diese Ausstellung beweist, daß die Mehrheit der Arbeiter, deren Einkommen unter 100 M. im Monat lag, weshalb sie unbesteuert blieben, im Jahre 1926 sowohl als auch im Jahre 1928 aus berufstätigen Frauen bestand.

Nun zur Einkommenshöhe. Von den Arbeitern, die Lohnsteuer entrichteten, also den 12,5 Millionen im Jahre 1926 und den 13,5 Millionen im Jahre 1928 hatten ein Jahreseinkommen

	1926	1928
	in Proz. der Steuerbelasteten	
bis 1500 M.	56,6	46,3
von 1500 bis 3000 M.	32,3	38,5
von 3000 bis 5000 M.	8,3	10,9
über 5000 M.	2,8	4,3

Zusammengefaßt 100,0 100,0

Dieses Zahlenbild lehrt, daß von 1926 bis 1928 die Zahl der Steuerpflichtigen mit einem Jahreseinkommen bis zu 1500 M. anteilmäßig um mehr als 10 Proz. zurückgegangen ist, während alle andern Einkommensgruppen eine beachtliche Steigerung aufweisen. Hier finden wir das Ergebnis der am Anfang dieser Betrachtung zahlenmäßig dargestellten Entwicklung, wonach die Einkommenssumme schneller gestiegen ist als die Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger. Im ganzen zeigt eine Auswertung der Lohnstatistik, daß die gewerkschaftliche Tätigkeit während der letzten Jahre durchaus von Erfolgen begleitet war, was jeder Gewerkschaftler mit Genugtuung begrüßen und als Ansporn für künftige Arbeit betrachten sollte. F. B.

Südwestdeutsches Maschinensektortreffen in Mainz

Mittelrheinische Maschinensektortreffenvereinigung. — Maschinensektortreffenvereinigung Gau Frankfurt-Hessen

Ein glücklicher Gedanke war es, als im Jahre 1928 der Vorstand gemacht wurde, daß beide obengenannten Maschinensektortreffenvereinigungen gelegentlich eines allgemeinen Südwestdeutschen Maschinensektortreffens gemeinsam der Gründung der ersten deutschen Maschinensektortreffenpartei im Jahre 1899, der „Südwestdeutschen Maschinensektortreffenvereinigung“, gedenken sollten, jener Vereinigung, die zwar infolge anfänglich großer Widerstände von Seiten der

Das Photo in der Druckmaschinenherstellung

Noch vor wenigen Jahren war das photographische Bild in der Druckerei fast ungenutzt. Die Zeichnung von der Hand des Künstlers oder des Graphikers schien fast unerlässlich. Dank der Fortschritte in der Bildaufnahme und der Reproduktionstechnik gehört heute das Photo zu den unentbehrlichsten Hilfsmitteln bei der Ausstattung einer wirkungsvollen Druckerei. Wir finden das photographische Bild nicht nur als Porträt- oder Landschaftsaufnahme in den illustrierten Zeitschriften und Tageszeitungen, sondern auch als Umschlag, Titel und Illustration des wissenschaftlichen, technischen und unterhaltenden Buches. Wir begegnen ihm in Text- und Interatentheil der Zeitschriften und Tageszeitungen, in Katalogen und auf Werbendruckereien aller Art, ja selbst in starken Vergrößerungen auf dem Plakat. Die Wiedergabe des photographischen Bildes beschränkt sich dabei nicht nur auf ein Druckverfahren, sondern es wird ebenso im Buchdruck wie auch im Offset- und Tiefdruck verwandt. Mit fast keinem andern Mittel ist es aber auch möglich, einen Gegenstand so überzeugend und naturgetreu wiederzugeben als mit der Photographie.

Voraussetzung für eine sachliche und wirkungsvolle Anwendung der Photographie ist natürlich eine scharfe und richtiggezeichnete Aufnahme und eine einwandfreie Wiedergabe des Druckbildes. Eine schlechte Aufnahme oder ein unfauler Druck macht die aufwendende Mühe ebenso wertlos wie eine ungeschickte Verwendung der Photographie. Der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker hat es sich nun zur Aufgabe gemacht, seine Mitglieder auch in diesen Zweig des Gewerbes einzuführen, so daß sie die nötigen Vorkenntnisse zur Verwendung der Photographie in der Druckmaschinenherstellung erlangen. In seinen größeren Ortsgruppen haben sich Photoabteilungen gebildet, die so-

Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Max Steuermann in Elberfeld
Eingetreten: 28. Juni 1880 — Jetzt Invalide



J. Wäger, Frankfurt a. M.
Eingetreten: 1. Juli 1880
Jetzt Invalide



Friedrich Wigan in Götting
Eingetreten: 1. Juli 1880
Jetzt Invalide



Verbandsinstanzen keine lange Lebensdauer besaß und erst in den einige Zeit später wieder ins Leben gerufenen und jetzt noch bestehenden Vereinigungen ihre Fortentwicklung erfuhr, die aber besser „ungeschichtet als Wegbereiter“ für unsere heutige stolze Maschinensektortreffenpartei angepfropft werden muß. Dieses Südwestdeutsche Maschinensektortreffen war ursprünglich für das Jahr 1929, in das die 30jährige Wiederkehr der ersten Spartengründung der Maschinensektortreffenpartei, geplant, wurde aber wegen des Verbandstages und Maschinensektortreffens in Frankfurt um ein Jahr verschoben. Die alte Gutenbergsstadt Mainz war als Ort der Veranstaltung bestimmt; nicht allein wegen ihrer geographisch günstigen Lage für beide Gauen, sondern weil hier, wo die Wiege der Druckkunst stand, von weitshauenden Kollegen auch das Samenwort zu jener ersten Maschinensektortreffenpartei und zur heutigen Maschinensektortreffenvereinigung überhaupt gelegt wurde; denn als im Frühjahr des Jahres 1899 die verhältnismäßig noch wenigen Maschinen-

sektortreffenmitglieder von Kollegen aus den Gauen Mittelrhein und Frankfurt-Hessen, die in der Kultur- und Druckstadt Mainz zu einem fünfzigjährigen Buchdruckerfest zu Ehren der daselbst verammelten Delegierten zur Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker zusammengekommen waren, gegenwärtig Fühlung genommen hatten, unternahmen es die Kollegen Daniel Wolff und Feig (damals in Ludwigshafen beschäftigt), im Mai 1899 eine erste Notiz im „Korrespondent“ zu veröffentlichen, die zu einem spartenorganisatorischen Zusammenschluß der Maschinensektortreffen zwecks Pflege des Technischen usw. aufzuforderte. Die eigentliche Gründung und Tätigkeit dieser ersten Maschinensektortreffenvereinigung Deutschlands ist kurz zusammengefaßt in einer typographisch musterhaft ausgestatteten kleinen Festschrift zu unserm Treffen am Pfingsttag 1930, deren Herstellung durch die Firma Stempel (Frankfurt a. M.) dankenswerterweise unentgeltlich erfolgte, geschildert.

Die Maschinensektortreffenorganisationen beider Gauen haben wiederholt in freundschaftlicher Weise zusammengearbeitet, vor allem auch in den enger beieinanderliegenden Bezirksvereinen. Unser diesjähriges allgemeines Treffen in Mainz war von der gleichen kollegialen Verbundenheit getragen, was sich auch in der außerordentlich zahlreichen Beteiligung zeigte. Welcher Kollege fährt auch nicht gern zu einem Buchdruckerfest nach Mainz? Etwa 500 Maschinensektortreffenmitglieder auf diesem historischen Buchdruckerboden eingefunden, darunter viele mit ihren Frauen. So wurde denn die Morgenfeier mit Begrüßung am ersten Pfingsttag, bei der über hundert Teilnehmer im Saal keinen Sitzplatz mehr finden konnten, zu einer beachtenswerten Kundgebung und Demonstration für unsere Ziele und zu einem würdevollen Ausdruck des Dankes an die Gründer und langjährigen Mitglieder unserer Sparte. Der Eröffnungsschor, vom Gutenbergs-Quartett Mainz in bekannter Könnenhaftigkeit prächtig gesungen, kam im geschmückten Rheingoldsaal der „Stadthalle“ zu schöner Wirkung. Kollege Süß (Frankfurt a. M.) sprach einen sinnvollen Prolog, ausklingend im Kampfbekunden. Kollege Stukenbäumer (Ludwigshafen) hieß in seinen einleitenden Worten alle Anwesenden herzlich willkommen. Besonders begrüßte er die Kollegen Körber (Zentralkommissionsvorsitzender), Conrad (Gauvorsitzender), Knecht (Gründungsmitglied der heutigen Mittelrheinischen), Ferner Stengert als Vertreter der Metzgerthaler Sechsmaschinenfabrik, Friedrich als Vertreter der Typograph-Sechsmaschinenfabrik, Mori als Vertreter der Firma Stempel (Frankfurt a. M.). — Mancher gute Gedanke klang aus den Begrüßungsansprachen der Kollegen Scheidner (Mainz), Bär (Frankfurt a. M.) und Wenz (Mainz), welcher letzterer in bereichernder Weise die Tatsache hervorhob, daß Mainz auf alle Buchdrucker von alterher einen besonders eigenartigen Reiz ausübte. Kollege Conrad, daß seiner Freude über die wohlgeungene Veranstaltung Ausdruck. Er erinnerte an die Tarifberatungen im Frühjahr und appellierte an die Jungen zur tätigen Mitarbeit in Verband und Sparte. Die jetzt geltenden 20 Proz. der Maschinensektortreffen seien nicht hinderlich für die andern Sparten, sondern fördernd; wer anders urteile, habe das Lohnproblem nicht erfaßt. Kollege Weber (München) sprach für die Bayerische Maschinensektortreffenvereinigung. In seiner Grußansprache überbrachte Kollege Körber (Berlin) die Grüße des Verbandsvorstandes und unserer Zentralkommission, worauf er in kurzen Zügen ein Bild von dem derzeitigen Stand der Spartenbewegung zeichnete und unsere bekannten Forderungen besonders unterstrich. Made uns die Maschine in gewissem Sinne zu ihren Sklaven, so wollen wir keine Sklaven der Prinzipale werden, sondern Anteil haben am Erfolg des technischen Fortschritts. Die übertriebenen Leistungsansprüche an Sech-

wohl die Bildaufnahme wie auch die Vertiefung der drucktechnischen Kenntnisse zur Wiedergabe des reproduzierten Bildes pflegen.

Einen Auschnitt aus dem Wirken einer solchen Photoabteilung gibt die gegenwärtige Ausstellung im Buchgewerbesaal des Verbandshauses in Berlin. Wir finden dort zunächst Arbeiten der Photogruppe Frankfurt a. M., die seit vier Winterhalbjahren Kurse unterhält, in denen sie die Vorkenntnisse für die Bildaufnahme und für die richtige Anwendung des photographischen Bildes lehrt. Die Kurse werden unter Leitung des Graphikers Leistikow in der Kunstgewerbeschule Frankfurt a. M. durchgeführt. Geübt wurden fast alle in Betracht kommenden Verwendungszwecke. So sehen wir das Photo auf dem Mobeblatt, dann im Kleinplakat, im Interat, im Werbeplakat und in der Buchausstattung. Wir fühlen die sichere leitende Hand, merken den Blick für die richtige optische Erfassung des Gegenstandes und stellen die fein abgewogene Verbindung zwischen Bild und Type fest. Bei der Anwendung farbiger Flächen und Zeilen sind die Tonwerte des Bildes berücksichtigt, und dort, wo zugleich Zeichnung mitverwendet wurde, sind die Übergänge in Darstellung und Tonstufe so unmerklich, daß ein einheitliches Ganzes entsteht. Wirkungsvoll sind die Photozusammensetzungen, bei denen in der Anlage und Ausführung im Gegensatz zu den früher sehr beliebten Photomontagen jede Unruhe und Aufdringlichkeit vermieden ist. Was wir vermischen, ist ein tieferes Eingehen auf die Buchausstattung. Hier hätte noch manche Möglichkeit ausgeschöpft werden können.

Ein weiteres Bild von dem Wirken der Photoabteilungen im Bildungsverband geben in der Ausstellung die Arbeiten der Ortsgruppe Mannheim-Ludwigshafen. Sie zeigen allerdings keine praktischen Anwendungen, sondern

außer einigen Porträt- und Altfotografien nur Landschaftsbilder. Von diesen sind einige gelungenere Bilder vorhanden, leider aber nur in der Minderzahl — eine Mahnung, daß die Photogruppen auf diesem Gebiet sehr vorsichtig sein sollten. Das Photo in der Anwendung kommt in sehr anschaulicher Weise in einer Reihe von Umschlägen der bekannten Fachzeitschrift des Bildungsverbandes, des „Graphischen Betriebes“, zur Geltung. Bekanntlich bringt diese Zeitschrift in ihrer Beilage „Der Graphische Lichtbildner“ sehr nützliche Räte für die photographierenden Kollegen. Die Umschläge sind ein Beispiel für die vielfachen Möglichkeiten der Auswertung, die das technische Photo bietet. Sie setzen den Beschauer und charakterisieren zugleich den Inhalt der Zeitschrift. Sie sollten den photographierenden Buchdrucker Wegweiser für eine erfolgversprechende Ausnutzung ihrer Liebhaberei sein; für eine entsprechende Auswertung findet sich im Beruf oft genug Gelegenheit.

Die Ausstellung wird — so sehr wertvoll und sehr reich sie für den Buchdrucker ist — den Photofachmann nicht in allen Teilen befriedigen. Es ist aber auch nicht der Zweck der Photogruppen, Spitzenleistungen zu erzielen, ihr Ziel ist auch nicht, den Photofachmann oder den Graphiker ausschließlich zu machen, sondern sie wollen im Gegenteil diese Erwerbszweige unterstützen. Durch verständnisvolles Eingehen auf die Vorbedingungen der photographischen Bildwiedergabe wollen sie die Kollegen in ihrem beruflichen Streben helfen.

Von dieser Seite betrachtet, erfüllt die Ausstellung voll ihren Zweck. Sie gibt Anregung zum Selbstdenken und macht auf die Notwendigkeit der starken beruflichen Fortbildung aufmerksam. Ihr Besuch — sie ist bis zum 12. Juli wochentags bis 18 Uhr, Sonntags bis 13 Uhr geöffnet, Sonntags geschlossen — kann nur empfohlen werden. R.

maschinen, mit denen verschiedenlich in Zeitschriften der Sechsmaschinenfabriken Bekannte gemacht wird, die man schließlich aber nur als deplacierte Apfelfische werben kann, wurden unter großer Zustimmung gelehrt. So genannte „Kollegen“, die sich hierzu hergeben, mühten in aller Öffentlichkeit angeprangert werden. Nicht nur Mitgliedschaft, sondern auch tätige Mitarbeit in der Organisation müsse der Zeitgedanke aller Kollegen sein. Spartenarbeit sei Verbandsarbeit im besten Sinne des Wortes. Mit Recht sagte er, daß dieses Treffen nicht nur Festcharakter habe, sondern der ersten Sammlung und Werbung zu erhöhter Aktivität diene. Seine Ausführungen wurden beifällig aufgenommen. Die hierauf vorgenommene Ehrung der Gründer und Jubilare zog sich bei der großen Zahl (nur wenige waren nicht anwesend) begreiflicherweise etwas in die Länge. Beide Gauenvereinigungen überreichten jedem Jubilar ein hübsches Bild von Mainz. Die Mergenthaler Sechsmaschinenfabrik für die Linotypie, der Typograph-Fabrik für die Typographie besetzten noch jeden Jubilar mit einem kleinen Andenken. Anerkennende Worte sprach Herr Stenger von der Mergenthaler Fabrik. Kollege Daniel Wolff (Heidelberg) dankte im Namen aller Jubilare. Kollege Stenning gab schriftliche Sympathieäußerungen und Telegramme von folgenden Spartenvereinigungen bekannt: Schweizerische Zentralkommission, Maschinenfabrik Gauenvereinigungen Bayern, Württemberg, Oberhessen, Brandenburg, Leipzig, An der Saale, Mecklenburg-Libbed, Bezirke Duisburg und Essen. Mit einem Liebesvortrag beschloß die Mainzer Sänger die eindrucksvoll verlaufene Morgenfeier.

Während am frühen Nachmittag viele auswärtige Kollegen unter sachkundiger Führung des Gutenbergs-Museums besichtigten, vereinigten sich im Braufhaus „Gutenberg“ die Spartenfunktionäre beider Gauen zu einer mehrstündigen Sitzung. Kollege Rbrer berichtete über interne Spartenangelegenheiten und gab manch interessante Auffassung über aktuelle Maschinenfabrikfragen. Anschließend wurden noch verschiedene Organisationsfragen erledigt.

Unter reger Beteiligung versammelten sich nach 5 Uhr die Kollegen mit ihren Angehörigen im „Reinholdsaal“ zum „Festkommers“. Der Mainzer Maschinenfabrikverein, der das ihm übertragene Gesamtarrangement des Treffens unter Leitung seines Vorsitzenden, Kollegen Scheidner, in mustergetreuer Weise bewerkstelligte, hatte ein gebiegenes Programm aufgestellt, das sehr befriedigte. Musikdarbietungen, heitere Regitationen von Fräulein Fürst, humoristische Vorträge der Herren Schmidt und Bornhäuser, vorzüglich gesungene Lieder des Kollegen Gahr und wiederum sehr beifällig aufgenommene Gesänge des Gutenbergs-Quartetts (Dank und Anerkennung diesen Sängern!) füllten den Abend aus. Man erlebte bei guter Stimmung einen schließlich rheinischen Abend, der sich gegen Ende recht sibel feierte.

Eine immerhin noch zahlreiche Schar Mainzer und auswärtiger Kollegen unternahm am zweiten Pfingsttag im Anschluß an eine schöne Rheinfahrt bis Freiwaldheim einen Ausflug nach Ober-Ingelheim. Begrüßung durch die dortigen Kollegen. Bei Musik und Tanz verfrachten im neuerbauten Heim des Arbeiter-Turn- und Sportbundes Ober-Ingelheim frohe Stunden.

Alles in allem: das Südwestdeutsche Maschinenfabrikertreffen nahm einen sehr guten Verlauf. Neben erster Spartenarbeit kam auch der Frohsinn zu seinem Recht. Mögen alle Kollegen die Nutzenwendung zu gesteigerter Mitarbeit ziehen.

Biel beachtet wurde eine interessante Ausstellung im Vorraum des „Reinholdsaales“. Die Mergenthaler Sechsmaschinenfabrik und die Typograph-Fabrik hatten technische Neuerungen in Maschinenteilen und photographischen Tafeln, ferner Druckmuster usw. zur Verfügung gestellt. Die Firma Stempel (Frankfurt a. M.) verteilte an die Kollegenschaft die wissenschaftliche Schrift mit Abbildungen: „Wie die Linotype-Matrize entsteht“. Was hiermit dankend vermerkt sei.

Das Buchgewerbe im Ausland

Österreich. Das Tarifamt setzte die Frist für den Austausch der Abänderungsanträge für die Tarifrevisionsverhandlungen auf den 10. Juni, den Beginn der Tarifverhandlungen auf den 20. Juni fest. Da der neue Arbeitsvertrag schon am 1. Juli in Kraft treten soll, bleibt für die Beratungen diesmal eine knapp bemessene Zeit, was auf die Bestrebungen der Unternehmer zurückgeht, lange und aufreibende Verhandlungen mit ihren Folgeerscheinungen in den Betrieben zu vermeiden. Die Wünsche der Unternehmer zum neuen Tarifvertrag sind noch nicht bekannt, doch werden sich diese aus dem Verlaufe der im gesamten Tarifgebiet abgehaltene Versammlungen der graphischen Arbeiterschaft wohl darüber klar geworden sein, daß diese zwar zum gewerblichen Frieden bereit, jedoch einem etwa ausweglosen Kampfe trotz der Schwere der Zeit sicherlich nicht aus dem Wege gehen wird. Wider Erwarten traten die Vertreter der vertragsschließenden Organisationen doch noch termingemäß unter dem Vorsitz des Tarifamtes zur Beratung der Tarifrenewierung zusammen und faßten nach einer eingehenden Begründung der Prinzipals- und Geffilensvorschlüge durch die Organisationsvertreter den Beschluß, die weiteren Verhandlungen auf Grund der noch geltenden Tarife zu führen, wobei jede Kurie aus ihren Vorschlägen die entsprechenden Anträge stellen wird. Die Verhandlungen wurden am 24. Juni fortgesetzt. — Für den Leiter der Sektion Vorarlberg des Gauen Tirol, Kollegen Gutekunst, vollendeten sich kürzlich zehn Jahre, daß er dieser Sektion vorsteht. Diese Sektion zählt 16 Betriebe mit etwa 40 Geffilen und ist das Sorgenkind der Organisation. Das beste Bild von den Zuständen in den graphischen Betrieben in diesem schwärzesten Winkel des ganzen Bundesgebietes ergibt sich aus der Tatsache, daß in den verflorenen zehn Jahren in diesem „Lände“ etwa 500 Geffilen zu- und abgerufen sind oder ihre Kondition im Lande selbst wechselten. Ein gut gerittet Maß Schuld an diesen Zuständen trifft die wenigen Mitglieder des christlichen Graphischen Zentralverbandes (früher „Gutenberg“), die, wie eben Schmaroker, zwar an den Errungenschaften der freien Organisation partizipieren, sonst aber die so mühsame Arbeit derselben durch ihre unausgeglichen hinterhältigen Verhalten wesentlich erschweren. Aber, auch ohne vorherige Ermittlungen aus dem Auslande zugereiste Kollegen bereicherten der Sektionsleitung und nicht zuletzt sich selbst manche Gelegenheiten. Aus der vorerwähnten Tatsache über die Mitgliederbewegung in dieser Sektion geht die Unerlässlichkeit der vorgeschriebenen vorherigen Erfindung bei Konditionsangeboten wohl zur Genüge hervor.

Italiensituation. Das Verbandsorgan der tschechischen Kollegen, der „Beleslavin“, berichtet von bedauerlichen Zerlegungsercheinungen in der Organisation der Lithographen und deren verwandte Berufe, der Graficala beseda, die der gemeinsamen Vertretung der graphischen Verbände und damit auch der Tarifgemeinschaft angehört. Die Lithographen waren schon seit einer gewissen Zeit bekräftigt für die Pensionsversicherung durchzusetzen, und eine prin-

zipielle Gerichtsentscheidung sprach ihnen auch das Recht auf diese Pensionsversicherung zu. Die vom Sachorgan „Beleslavin“ damals schon ausgesprochenen Befürchtungen, daß diese Entscheidung, die zweiterlei Kategorien von qualifizierten Arbeitern in einem Gewerbe schaffe, sich in der Folge als schädlich erweisen werde, trafen pünktlich ein. Es zeigte sich, daß durch die Pensionsversicherung der einen Gruppe im graphischen Gewerbe dies von den andern als eine Ungerechtheit aufgefaßt wurde. Es ist klar, daß dadurch ein ungedungenes Verhältnis geschaffen, die Einigkeit in den Betrieben gestört und eine Spaltung der graphischen Arbeiter in bezwähliche Nähe gerückt erschien. Daß der Unternehmer unter solchen Verhältnissen der laudende Dritte sein würde, wurde von den Beteiligten leider nicht in Betracht gezogen. Schon gleich nach der gerichtlichen Zuerkennung der Pensionsversicherung an die Lithographen waren die Unternehmer mit allen Mitteln bestrebt, die ihnen aus dieser Versicherung erwachsende Mehrbelastung — die verpönte „soziale Last“ — auf das denkbarste Mindestmaß herunterzubringen; auf Kosten der Arbeiter natürlich. Wo nur irgendwie möglich, wurde die Zahl der Lithographen in den Betrieben eingeschränkt, die besser entlohnten unter ihnen flogen rücksichtslos aufs Pflaster und bei Neuaufnahmen wurde beim Lohn gespart, um so die Ankosten der Versicherung unter allen Umständen — allenfalls noch mit Profit — hereinzubringen. Statt nun diesen erwarteten Bestrebungen der Unternehmer unter Rückhalt an eine starke und einige Gesamtorganisation ein Paroli zu bieten, macht nun ein großer Teil, insbesondere die Prager Lithographen, das gerade Gegenteil: Obwohl sie durch ihren Vorsitzenden erst am 4. Mai auf der Generalversammlung des böhmischen Landesvereins des Buchdruckerverbandes einige Male erklärten, in ihrer Organisation unbedingt zu verharren, bemühten sich nun leider sogar die führenden Personen unter den Lithographen, diese in den „Beleslavin“, der Gegenorganisation der Typograficala beseda (Buchdruckerorganisation) hinüberzuladen. Als Grund für dieses Überlaufen der Prager Lithographen in die gegnerische Organisation wird angegeben, daß auf der letzten Generalversammlung der Graficala beseda ihr Antrag, für die der Pensionsversicherung unterstehenden Lithographen den Mittelbeitrag herabzusetzen (um ihnen so die hohe Prämienzahlung für ihre Pensionsversicherung zu erleichtern), Ablehnung fand, und der bekannte gegnerische Verein „Beleslavin“ es billiger macht. Bei der in den Betrieben nun einsetzenden Aufklärungsaktion durch die Vertrauensmänner der Buchdrucker stellte sich auch heraus, daß ein Teil der Lithographen anscheinend falsch informiert war; sie ließen sich nämlich von dem Namen „Beleslavin“ der gegnerischen Organisation bluffen, und weil das Sachblatt der tschechischen Kollegen des Buchdruckerverbandes den gleichen Namen führt, waren sie der Meinung, daß sie sich zur ordentlichen Organisation der Buchdruckerarbeiterschaft, zur Typograficala beseda, anmeldeben. Der Prager Lithographen und der verwandten Berufe, gab ein Rundschreiben heraus, in dem auf die ersten Folgen einer Zerbreckelung der Einheitsfront hingewiesen wurde; vor allem würden die Lithographen die Grundlage ihrer Arbeits- und Lohnbedingungen verlieren, da die Unternehmer mit dem Verein „Beleslavin“ ja keinen Tarifvertrag abgeschlossen haben und es unter solchen Umständen den Lithographen wohl kaum möglich sein wird, ihre bisherigen Errungenschaften aufrechtzuerhalten. Auch die übrigen der gemeinsamen Vertretung angehörenden Organisationen — der Zentralverein der Buchdrucker- und Schriftgießergehilfen in Böhmen, Typograficala beseda, der Verband der Buchbindergeffilen und verwandten Berufe und der Verband

Internationaler Arbeiterbesuch

Holländische Buchdrucker in Bremen

„Arbeiter aller Länder vereinigt euch!“ Dieser, auf dem ersten Internationalen Sozialistenkongress geprägte Ausspruch fand vor über 40 Jahren bei der Arbeiterschaft aller Länder volles Verständnis, konnte aber infolge der damals bestehenden Machtverhältnisse nicht so in Anwendung gebracht werden, wie es dem Sinn entsprechend wünschenswert im Interesse des internationalen Proletariats gewesen wäre. Beziehungen und Verbindungen wurden durch Arbeitergruppen vollzogen, aber leider durch den Krieg fast vollends gestört und vernichtet. Nur sehr langsam konnte nach dem für Deutschland verlorenen Krieg eine Fortkündigung mit unsern Klassenossen in den anderen Ländern wieder herbeigeführt werden. Alle Beziehungen wurden wieder zusammengegriffen und neue geschlossen.

Den Gedanken der internationalen Arbeiterverbüderung zu fördern, machten sich die Bremer Buchdrucker zu eigen, und zwar durch den Besuch holländischer Buchdrucker vom „Typografenbund Holland, Afdeling Groningen“. Lassen wir uns von unsern Geffilten leiten, so darf wohl mit Recht gesagt werden, daß solche Zusammenkünfte die besten Förderer des Gedankens der internationalen Verbüderung innerhalb der Arbeiterklasse sein und bleiben werden.

Bereits vor Jahresfrist, als der „Groninger Volkschor“ bei den Arbeiterängern in Bremen zu Besuch weilte, wurden die ersten losen Verbindungen mit den Groninger Buchdruckern aufgenommen, und schon im Juli vorigen Jahres führten 37 Jungbuchdrucker der Bremer Abteilung unter der Führung der Kollegen Albers und Geßel nach Groningen. Dieser Besuch wurde nunmehr von den Groninger Buchdruckern erwidert.

Am Sonnabend, 31. Mai, trafen unsre Gäste nachmittags 3,17 Uhr in Bremen ein. Mitglieder des Gauen und Bezirks-

vorstandes und des Bezirksvereins begrüßten die holländischen Kollegen beim Verlassen des Zuges, durch den Bezirksvorsitzenden Gokert wurde ihnen ein „Herzlich Willkommen in Bremen“ geboten. Vom Bahnhof ging es zum Vereinshaus der Buchdrucker, Am Ball. Nach kurzer Rast fand dann die Besichtigung des Großbetriebes der Firma Schinemann statt. Mit dem Eintritt in den Seheraal klang den Kommenben der Nordwestdeutsche Buchdrucker-Sängergruß: „Zu Gutenbergs Ehr“, dem Bunde treu, das Herz dem Verband, im Liebe frei!“ (von Mitgliebern des Gesangvereins „Gutenberg“ gesungen, die in ihrer Arbeitsleistung Ausstellung genommen hatten) entgegen, dem die „Hymne an das Feuer“ folgte. Nach der Betriebsbesichtigung ging es zum „Volkshaus“, von dem die holländische Landesflagge schon von weitem grüßte. Der Bezirksverein Bremer Buchdrucker hatte zu Ehren der Gäste in seinem Heim einen Kommerz arrangiert. Hier fand dann die offizielle Begrüßung durch den Bezirksvorsitzenden Gokert statt, mit Dantesworten für die erfolglose Einladung vom Vorsitzenden B. F. Broemann (Groningen) auf das herzlichste erwidert. Zur Erinnerung des Besuches wurde dem Bezirksverein eine schöne Radierung, den Groninger Dom darstellend, ausgedruckt. Ausgefüllt wurde der Abend durch Musikvorträge, durch den Lautenspieler Herrn Kampe mit seinen plattdeutschen humoristischen Liedern und durch Vorträge des Gesangvereins „Gutenberg“. Stunden, die für alle eine angenehme Erinnerung bleiben werden, vergingen nur zu rasch. Jeder hatte dabei das Geffil der internationalen Zusammengehörigkeit als Arbeitsbrüder.

Am Sonntag früh um 8 Uhr führte der Dampfer „Ribeke“ die Gäste durch die bremsigen Häfen. Nach Rückkehr fanden verschiedene Besichtigungen statt, u. a. das Lloyd-Gebäude mit seiner imposanten Innenausstattung, die alte Börse, der Ratskeller, die weltberühmte Wiltcherstraße u. a. m. Leider war es den Bremer Kollegen infolge

der kurzen Zeit nicht möglich, ihren Gästen alles, was unsre Stadt an Sehenswürdigkeiten in sich birgt, zu zeigen.

Um 1½ Uhr fand im Festsaal des Volkshauses eine gemeinschaftliche Mittagstafel statt. Genosse Oskar Schulte, Vorsitzender der Bremer Arbeiterkammer, begrüßte die holländischen Buchdrucker im Namen der Kammer und des Ortsauschusses des IOGB. In seinen Ausführungen wies er auf die Bedeutung der Kammer, als einziges Institut dieser Art in Deutschland bestehend, hin; gleichzeitig Zweck und Ziel belegend. Wenn die Arbeiterschaft im Reich nach dem Kriege verarmt ist, so ist der Aufstieg der Gewerkschaften trotz der drei Millionen Arbeitslosen ein gigantischer gewesen. Dieses treffe auch für das kleine Bremen zu. Das neue Volkshauses lege ein bereites Zeugnis von der Machtstellung der Arbeiterschaft im Staate ab. Die Ausführungen des Genossen Schulte fanden lebhaften Beifall.

Kollege Broemann (Groningen) dankte im Namen seiner Kollegen für die Begrüßung. Man sei kaum in der Lage, überhaupt noch Worte zu finden, um das zum Ausdruck bringen zu können, was sie bisher in Bremen gesehen und erlebt hätten. Anerkennenswert sei die straffe Disziplin der deutschen Gewerkschaften und damit in Verbindung das Zusammengehörigkeitsgeffil, das man bei den holländischen Gewerkschaften noch vermisse. Aber auch dort gehe es vorwärts, denn gute soziale Fortschritte seien zu verzeichnen. Er schloß mit dem Wunsch, daß der Aufstieg der deutschen Arbeiterschaft sich weiter entwikeln und diese recht bald wieder an erster Stelle des internationalen Proletariats stehen möge. Nach dem Essen, das allgemein lobend anerkannt wurde, schloß sich ein Rundgang durch das Haus an. Mancher Wunsch: „Wenn wir in Holland doch auch erst so weit sind“, wurde laut. Eine Freistunde vereinigte noch einmal die Anwesenden im Restaurant. Mit Dantesworten an den Geschäftsführer des Wirt-

der graphischen Hilfsarbeiterschaft und verwandten Berufe — richteten gemeinsam an ihre Mitglieder in den Prager Stein- und Buchdruckereien ein informierendes Rundschreiben, in dem das Vorgehen der Lithographen als überreizt und höchst schädlich nicht nur gegenüber ihren eigenen Interessen, sondern auch gegenüber den Interessen aller anderen graphischen Organisationen, die mit ihnen in der gemeinsamen Vertretung vereinigt sind, bezeichnet und zu intensiver Aufklärungsarbeit aufgefordert wurde. Denn mit diesem Übertritt in eine gegnerische Organisation würde nicht nur die eigene Organisation der Lithographen und Steindrucker, sondern auch — zum Gaudium der Unternehmer — die bisherige Geschlossenheit der graphischen Arbeiterschaft, die in der Tarifgemeinschaft vereinigt ist, gesprengt werden. — Zwecks des vom Internationalen Buchdruckersekretariat angeregten Austausches junger Kollegen trat der Verband in Jugoslawien mit dem tschechoslowakischen Verband schon in nähere Fühlung.

Großbritannien. Der Provinzverband der englischen Buchdrucker hielt in der Pfingstwoche in Bradford eine große Delegiertenversammlung ab. Die Versammlung war die erste seit dem Generalstreik von 1926, wodurch sie eine besondere Bedeutung für die Kollegenchaft hatte. Der Versammlungsort war die berühmte Küstentadt von Bradford, wo so viele Arbeiter ihre Sommerferien verbringen. Dieses Parlament der Buchdrucker dauerte beinahe eine Woche und beschäftigte sich mit der Politik des Verbandes in den letzten Jahren. Unter diesen Umständen war die Zahl der eingebrachten Anträge außerordentlich groß, wozu fast jeder Gau der englischen Provinz beigetragen hatte. Die meisten betrafen die gegenwärtige Lage und die zukünftige Auswirkung der Altersunterstützung, die ein dringendes Problem für die Verbandseitung bildet. Einige der Anträge richteten sich besonders gegen den Exekutivrat. Die Geschäftslage des englischen Buchdruckergewerbes ist jetzt viel günstiger, als es am Anfang des Jahres der Fall war. Besonders trifft das auf die Hauptstadt zu, in der die Zahl der Arbeitslosen im Januar 650, im Februar 479 und im März 245 betrug. Die Lage in der Provinz ist kaum so vorteilhaft, teils wegen des großen Streikes in der Textilindustrie. Doch ist sie da viel besser als vor kurzem. Am Anfang Juni wird das Arbeiterblatt „Daily Herald“ gleichzeitig in London und Manchester erscheinen, wovon eine wesentliche Erhöhung der Beschäftigung für die Zeitungskollegen erwartet wird. Tatsächlich hat inzwischen der Londoner „Daily Chronicle“, eines der beiden großen offiziellen liberalen Blätter, sein Erscheinen endgültig eingestellt. Das Blatt wird in die „Daily News“ aufgehen. Es mußte verschwinden als Opfer des „Daily Herald“, des Organs der Arbeiterpartei, dessen Auflageziffer seit seiner organisatorischen und redaktionellen Umgestaltung von Tag zu Tag steigt.

Eine neuere Statistik über die zwei Regierungsbuchdruckereien in England wurde neulich im Unterhaus von Minister Petrie Lawrence bekannt gegeben. Laut dieser Statistik beträgt das Betriebskapital der Harrow-Druckerei 258 920 Pfund, wovon 148 420 Pfund Betriebsmaterial und 110 500 Pfund den Wert des Gebäudes darstellen. Der Gewinn des Jahres 1929 betrug 80 117 Pfund. Gleichartig beträgt das Betriebskapital der Focodstraße-Druckerei 56 933 Pfund und der Gewinn für das Jahr 1929 6608 Pfund. Diese Zahlen zeigen gewiß ein ganz respektables Resultat der Tätigkeit dieser Staatsdruckereien. Die große Bewirtung von 1926 veranlaßte viele Eritterung in diesen auserwählten Druckereien, doch sind die Beziehungen zwischen Verwaltung und Kollegen heute viel besser als vorher. Mit Duldbung und Takt auf beiden Seiten verbessern sie sich jedes Jahr.

Das Eingehen des liberalen Blattes „Daily Chronicle“ war ein Schlag für die Zeitungswelt Englands. Nach

einem Bestehen von 50 Jahren ist diese große liberale Zeitung zu Grunde gegangen. Ohne die geringste Warnung wurden beinahe 1400 Leute, darunter Hunderte von tüchtigen Kollegen und Hilfsarbeitern in London und Leeds, plötzlich auf die Straße geworfen. Seit dem Kriege hat diese große Zeitung eine sehr veränderliche Geschichte gehabt. Vor dem Kriege hatte sie eine solide und ehrenwerte Existenz, danach wurde sie mehrmals das Spielzeug von verschiedenen politischen und finanziellen Interessen, bis sie zuletzt in die Hände der Inverclyde-Papiergesellschaft kam. Schon durch finanzielle Mängel geschädigt, konnte sie sich nicht länger gegen die wilde Konkurrenz, welche jetzt in der Zeitungswelt Englands herrscht, aufrecht halten, und zum großen Bedauern der darin beschäftigten Kollegen stellte sie plötzlich am Morgen des 1. Juni ihr Erscheinen ein. Das Aufsteigen des Arbeiterblattes „Daily Herald“ in den letzten paar Wochen hatte viel mit dem Sturz des „Daily Chronicle“ zu tun, da es dem erstgenannten Blatt gelang, die Aufmerksamkeit des gleichen Lesepublikums zu erregen. Wahrscheinlich ist Fleet Street eine Abenteuerstraße, bald auf, bald nieder, bald hier, bald dort, kein Gebiet für einen Schwächling.

Sozialpolitik und bürgerliches Recht
Nationalisierung und Gesundheitszustand

Die fortwährende Steigerung der Krankheitsziffern und die Verlängerung der Krankheitsdauer wird von der Unternehmerpresse gern als Beweis dafür mit herangezogen, daß die Krankentafeln unberechtigt in Anspruch genommen werden. Es lag schon seit längerer Zeit die Vermutung nahe, daß die immer stärker werdende Mechanisierung der Arbeit in gewissen Zusammenhänge mit der größeren Krankheitshäufigkeit steht. Diese Vermutung wird bestärkt durch Feststellungen, die der amerikanische Kontrollingenieur und Gesundheitsfachmann Dr. Hans Mayer-Dagland in jahrelanger Praxis gemacht hat. Seine Untersuchungen geben ein anschauliches Bild der verheerenden Wirkungen der Fließarbeit auf Körper und Geist der nach diesem System Arbeitenden. Sie sind auch um deswillen bedeutungsvoll, weil gleichzeitig Vorschläge zur Abschwächung der verhängnisvollen Auswirkungen gemacht werden. Wenn diese Untersuchungen sich auch nur auf spezielle amerikanische Verhältnisse beziehen, so sind sie doch auch für uns Deutsche äußerst beachtenswert und regen hoffentlich zu ähnlichen Untersuchungen in Deutschland an.

Dr. Mayer-Dagland gibt seine Erfahrungen in einem Artikel „Der Einfluß der Fließarbeit auf die Gesundheit des amerikanischen Arbeiters“ in Nr. 20 der „Deutschen Krankentafel“ wieder. Wir möchten sie im Auszug auch unseren Kollegen zur Kenntnis bringen.

Die Folgen und Auswirkungen des rationellen, fließenden Arbeitssystems, sagt der Verfasser, sind nicht nur von größter wirtschaftlicher Bedeutung, sondern bilden ein Problem für die Volksgesundheit. Durch eingehende Beobachtungen und Untersuchungen in Fabriken der Ford Motor Company, der Worthington Pump Machine Corporation und einigen kleineren Werken in meinen theoretischen Schlußfolgerungen, behaupte ich, daß das eintönige, jahrelang fortgesetzte Arbeiten am Bande, Conveyer und Wanderfließ eine eigenartige Körperhaltung und Körperstellung erfordert, die zweifelsohne eine Veränderung am menschlichen Körper verursacht. Innere Organe werden durch langandauernde, eigenartige, durch die Arbeitsmaschinen bedingte Bewegungen oder Körperhaltungen aus ihrer normalen Lage gebracht. Insbesondere trifft dies auf Frauen und Mädchen zu. Auch Gelenke, Muskeln und Glieder werden leichtere oder schwerere Veränderungen erfahren, die zweifelsohne bei der Masse der Industriearbeiter volksgesundheitliche Wirkungen haben müssen. Das Nervensystem mit seinen feinen Verästelungen und seiner großen Empfänglichkeit für äußere Einflüsse wird beim Arbeiter des rationellen Systems beformiert. Dadurch werden Wirkungen hervorgerufen, die in das Gebiet der industriellen Nervenerkrankungen fallen, was dem Neurologen und Psychiater ungemein viel Material über die Einflüsse der Fließarbeit auf die Gesundheit des Industriearbeiters liefern wird.

Der Arbeiter in der heutigen amerikanischen Industrie ist zu einem Hebel oder einem Werkzeug degradiert, dessen Ausführungen und Manipulationen sehr bald durch lichtelektrische Apparate, Photogalvanen und dergleichen getan werden können, die das Individuum ganz ausschalten. Da er keinerlei Denkarbeit verrichtet, ja das Denken nur schädlich wirkt bei solcher Arbeit, ist der Arbeiter nicht der Leiter seiner Arbeit, sondern das Anhängsel der Maschine, des Mechanismus. Er arbeitet gar nicht, sondern wird bearbeitet von den Maschinen, Schalt- und Kontrollapparaten, die ihn zwingen, diese oder jene Manipulationen auszuführen. Die ganze Produktionsarbeit ist aufgeteilt in eine Menge kleiner Teilarbeiten, die von den Arbeitern in Hunderttausenden von Bewegungen immer und immer wieder gemacht werden. Das bedeutet, daß gewisse Gelenke, Glieder und Organe tagtäglich Tausende von Malen dieselbe Bewegung, dieselbe Anstrengung und Entspannung mitmachen, während der übrige Teil des Körpers in einer ruhigen Lage bleibt, die vielleicht — oder besser gesagt — meistens ungewöhnlich zur normalen Körperhaltung liegt. Ich beobachtete Hunderte von Metallarbeitern der Worthington Corporation, die linksändige Anflaser an ihren Schleif-, Polier- und Schmitzmaschinen hatten, wie diese auch links ihr Eisenbest benutzten, links die Handgriffe zum Öffnen von Ventilen und Klappen benutzten usw. Ich konnte mehrere Anfälle darauf zurückführen, daß die rechte Hand an Geschicklichkeit eingebüßt hatte. Je länger die Leute in demselben Arbeitsgange und

bei derselben Arbeit waren, desto höher wurde die Unfallziffer, und die Zahl der verlorenen Arbeitsstunden durch nervöse Störungen stieg langsam, aber stetig.

Der Verfasser sagt dann, jeder Arbeiter, der diesen Einwirkungen durch Sport und entsprechende Gegenmaßnahmen entgegenarbeitet, mag den Einfluß und etwaige Schäden vermeiden oder hinauschieben, aber dazu muß er wissen, was mit ihm vorgeht, und dies wußten die meisten gar nicht, sie würden unbemerkt zu einem nichtdenkenden Automaten, der dreihundertmal im Jahr morgens aufgezogen wird für acht, zehn oder zwölf Stunden. In seiner Freizeit mache er unbewußt dieselben Bewegungen weiter, sei es beim Speisen, Hausarbeitsverrichten, Spielen oder sonstig. Dieser menschliche Automat sei nun in der Industrie sehr geschätzt, denn er mache die wenigsten Fehler. Der denkende Arbeiter liefere die größere Fehlerproduktion, weil er nicht bearbeitet, sondern arbeiten will.

Die meisten Arbeiter der rationalisierten Betriebe, welche vielleicht irgendeine Beschäftigung hatten, die einen gewissen Grad von Intelligenz und Denken erforderte, klagten bald, so heißt es weiter, über Kopfschmerzen, Schwindelgefühl und Brechreiz. Diejenigen Menschen, die sich nun gegen die Automatisierung ihres Körpers und Geistes wehren, haben meist unter einer Nervosität zu leiden, die eigenartige Symptome zeigt. Solche Menschen sind mechanisiert durch die monotone Arbeit, aber zu ihrem Unglück nicht ganz. Es glüht noch ein Funken Persönlichkeit, Originalität und Hoffnung in dem Trümmerfelde ihrer früheren Person, und dieser Funke wird zu einem Komplex, der physiologisch zu einem Leiden oder Zustand führt, der in das Gebiet der industriellen mentalen Erkrankungen fällt. Wo aber dieses Persönlichkeitsgefühl gänzlich ausgerodet ist, da allerdings herrscht geistiger und auch seelischer Frieden und — diese Menschen sind wandelnde Automaten, die keinen Protest, kein Leiden und keinen Unterschied in der Arbeit mehr kennen, die Teile des Fließarbeitssystems geworden sind wie das Band selbst.

Der Verfasser setzt sich dann mit der Nebeneinander einiger deutscher Autoren auseinander, daß das Arbeiten am Bande ein Einheitsgefühl zur Arbeit schaffe und damit das Interesse des Arbeiters an der Produktion hebe. Er behauptet, daß er in seinen achtjährigen Beobachtungen nicht das geringste davon bemerkt habe. Der Arbeiter hätte an der Produktion keinerlei Interesse, solange er unterbezahlt ist, solange die Arbeitsstätte gewerbehygienisch mangelhaft eingerichtet sei und soziale Versicherung und Fürsorge ganz oder beinahe fehler. Er weist dann an Beispielen nach, wie trotz Belegschaftsverringering der Unfall- und Krankheitsziffern in einzelnen Betrieben erheblich anstiegen. Die Rationalisierung habe den Arbeitsprozeß gefährlicher gemacht, da man, um die Produktion nicht zu hemmen, eine Reihe von Sicherheitsvorrichtungen abschaffte. Dadurch wären dann die Einwirkungen der Arbeitsstoffe (Papier, Chemikalien, Holz, Metallstaub, Dünste, Porzellan, Blei usw.) auf den Arbeiter schädigender als bisher geworden. In zehn bis fünfzehn Jahren würde man erst erkennen, daß die Zahlen der Unfälle und der körperlichen durch Gase, Staubteile, Dünste und Feuchtigkeitseinwirkungen hervorgerufenen Veruskrankheiten durch nervöse und mentale Erkrankungen und Leiden abgelöst seien.

Von 1200 Mädchen in einer Biskuitfabrik im Alter von 16 bis 30 Jahren wurden mehr als 850 noch achtmonatiger Arbeit am fließenden Band wegen eines Nerveneidens ärztlich behandelt. Ein Mädchen schloß in 60 Minuten 45 Pakete à 10 Schachteln und tat diese Arbeit 11 Monate lang, bis sie nervös zusammenbrach. Alle klagten dem Fabrikarzt ein oder mehrere Male im Jahr über Nerven- und Rücken-schmerzen. Wie weit diese Mädchen stumpfsinnig wurden, ergab eine Umfrage, was sie in ihrer Freizeit tun und was sie taten, ehe sie Fabrikarbeiterinnen im Fließarbeitssystem wurden. 80 Proz. lasen nur Sensationsblätter und ebensolche Bücher, trotzdem mehr als die Hälfte bessere Bildungsformen besucht hatten. Von diesen 1200 Mädchen trugen beim Eintritt 312 Augengläser, nach einem Jahre 731. Bei der Worthington Pump Machine Co. waren 1926 von 3000 Arbeitern nur 12 Proz., 1927 schon 18 Proz., 1928 29 Proz. und 1929 bereits 34 Proz. nervenleidend.

Unbereits hat die Fließarbeit auch merkwürdige soziale Wirkungen. Viele junge Arbeiter und Mädchen, die einmal arbeitslos geworden sind, nach einigen Tagen und Wochen sich von der Erziehung erholt haben, werden nach den Beobachtungen des Verfassers von einem Leiden erfaßt, daß er „Phobia“ nennt und nichts anderes sei, als die Furcht vor dem rationalisierten Betrieb mit laufendem Band, großem Tempo, monotoner und geisttötender Arbeit. Dies bringe diese Menschen aus dem Gleise und vermehre die Kriminalfälle. Wir sehen, sagt der Verfasser an anderer Stelle, wie schwer es ist, diese Industriearbeiter für die Versammlungen, Vorträge, Sports- und kulturellen Veranstaltungen zu gewinnen, weil sie erschöpft sind. Sie haben jede Energie verloren, durch Sport und Spiel diesem Dämon des körperlichen und geistigen Leides entgegenzuwirken. Seit 1920 ist die Zahl der Gottesstranten in den Staaten um 9% Proz. gestiegen, und zwar besonders im industriellen Osten.

Der Verfasser weist dann zum Schluß darauf hin, daß er nach Abschluß weiterer Beobachtungen in einer Abhandlung das Problem der Gegenmaßnahmen behandeln will. Er sagt aber dann schon jetzt, daß zweifelsohne eine fünfminutenpause nach jeder 60-Minuten-Periode helfen würde Mensch und Maschine eine Pause zu geben, ferner der ältere, vielleicht wöchentliche Belegschaftswechsel für jede Abteilung, deren Charakter es erlaubt. Er tritt weiter ein für einen kürzeren Arbeitstag, eine vielleicht längere Mittagspause, in der zu Sport und Spiel Gelegenheit geboten würde, ebenso für bessere Gewerbehygienische und Ar-

schäftsbetriebes und dem Personal für erwiesene Aufmerksamkeit verabschiedeten sich die Gäste von dieser Stätte, um noch einen kurzen Aufenthalt im Buchdruckerheim zu nehmen. Hier hatten sich eine Anzahl Kollegen mit ihren Damen eingefunden, um ihre ausländischen Brüder zum Bahnhof begleiten zu können. Noch einmal erklang in der großen Bahnhofshalle die Internationale. Ein letzter Händedruck, und mit einem: „Auf Wiedersehen in Groningen!“ bewegte sich der Zug langsam weiter und entwand bald unsern Blicken.

Kurz vor Abgang des Zuges überreichte Kollege Roemann beim Abschied der holländischen Buchdrucker ein handschriftliches Dankschreiben, in dem folgendes zum Ausdruck gebracht wird: „Es ist uns ein großes Vergnügen, bei unsrer Abreise von Bremen nach Groningen zu sagen, daß die in Bremen verlebten Tage uns unvergänglich bleiben. Die Bremer Kollegen haben verstanden, uns von der Handelsstadt Bremen den besten Eindruck zu geben. Alles, was ihr uns geboten hat, ist gut gewesen, wir sagen euch unsern besten Dank dafür. Wir müssen dazu beitragen, daß das Wort von Karl Marx: Arbeiter aller Länder vereinigt euch! zur Wahrheit wird. Unser Besuch hat hoffentlich dazu beigetragen. Eure Lösung sei: Im Jahre 1930 oder 1931 die Bremer Kollegen nach Groningen!“

Wenn es den Bremer Buchdruckern gesungen ist, ihre holländischen Kollegen anlässlich des Besuchs vielleicht über alle Erwartungen hinaus zufriedenzustellen, so gelten die schlichten Dankesworte nicht allein den Gastgebern, sondern den gesamten bremischen Gewerkschaften, die alle mit an dem Aufstieg der Arbeiterklasse sich beteiligten, um den großen Gedanken des internationalen Proletariats: „Verbrüderung der Arbeiter in allen Ländern“, zu verwirklichen.
Sermann G. e. f.

beiterschuß. Der Arbeitstag könne unter den Produktionsverhältnissen leicht auf sieben oder sechs Stunden vergrößert werden, da rationalisierte Betriebsweise diese Kürzung ausgleichen wird, ohne daß Lohnrückgang eintreten müßte. Ob durch Einschränkung von Radio-Raufsprüchern mit kurzen Programmen für die Pausen die Monotonie der Arbeit vermindert würde, müßte versucht werden.

Diese von gründlicher Sachkenntnis zeugenden Untersuchungen sind hoffentlich auch an den maßgebenden Stellen Deutschlands die gebührende Beachtung und geben Veranlassung zu ähnlichen Untersuchungen. Den so gewonnenen Ergebnissen müßten selbstverständlich dann auch die entsprechenden Abwehrmaßnahmen folgen im Interesse der Beteiligten wie der Volksgesundheit überhaupt.

P. Lo.

*

Lohnanspruch bei Arbeitsunfähigkeit eines Schwerkrriegsbeschädigten

Das Leipziger Arbeitsgericht hat das Anspruchsrecht bejaht. (Siehe „Korr.“ Nr. 32.) Damit ist wiederum ein Urteil gefällt, dem man andere Arbeitsgerichtsentscheidungen entgegenhalten kann. Die Ursache der verschiedenartigen Beurteilung liegt in der unklaren Fassung des Schwerbeschädigtengesetzes namentlich des § 13, 2. Dieser entscheidende Absatz lautet: „Die gesetzlichen Bestimmungen über die fristlose Kündigung werden nicht berührt. Wenn es sich um eine Krankheit handelt, die eine Folge der Kriegsbeschädigung ist, muß die Zustimmung der Hauptfürsorgebehörde eingeholt werden.“ Wie ist nun die Spruchpraxis des Reichsarbeitsgerichts als des maßgebenden Gerichts in dieser Sache? Das Leipziger Arbeitsgerichts-urteil fußt auf dem RWG-Arteil vom 8. Juni, 656/29, das klar und deutlich ausspricht, daß dem Schwerkrriegsbeschädigten ein Lohnanspruch zusteht. (Aus dem § 13, 2 geht hervor, daß der besondere Schutz bei Krankheit nur den Schwerkrriegsbeschädigten zukommen soll.) Das RWG hat aber unter dem 11. Januar 1930, RWG. 327/29, folgendes Urteil gefällt: „Der arbeitsunfähig kranke Schwerbeschädigte behält seinen Lohnanspruch für diese Zeit, soweit nicht in dem etwa zukünftigen Tarifvertrag, in der Arbeitsordnung oder im Arbeitsvertrag dieser Anspruch abgedungen ist.“ In der Begründung des Urteils wird Bezug genommen auf einen Arbeitsordnungsparagraphen, der die Lohnweiterzahlung für bestimmte Fälle und für nur kurze Dauer regelt. Dann heißt es weiter: „Dafür, daß § 6 Absatz 2 der (fraglichen) Arbeitsordnung für Schwerbeschädigte nicht gelte und daß er für sie nicht nur die durch § 616 BGB. für Dienstverpflichtete allgemein, sondern auch die durch das Schwerbeschädigtengesetz über den § 616 a. D. hinaus für Schwerbeschädigte geschaffene besondere Lohnvergünstigung habe fortzubehalten lassen, daß also auch unter seiner Herrschaft kranke Schwerbeschädigte hinsichtlich der Entlohnung besser als andre kranke Arbeiter gestellt werden sollten, ist nicht der geringste Anhalt vorhanden.“

Der § 7 unfres Tarifs befaßt dasselbe. Doch ist die Aufassung des Leipziger Arbeitsgerichts für die Kriegsbeschädigten günstig, während das Reichsarbeitsgericht auch im Leipziger Fall wahrscheinlich gegenteilig urteilen würde. Immerhin ist die Folgerung des RWG, die es in ähnlichen früheren Urteilen ausgesprochen, doch gewagt, daß dem arbeitsunfähigen Schwerkrriegsbeschädigten, weil ihm seine Arbeitsstelle offengehalten werden muß, nun auch Anspruch auf seinen Lohn zusteht. Das geht aus dem Schwerbeschädigtengesetz nicht ohne weiteres hervor. Man kann so folgern. Wenn aber nach dem Geiste des Gesetzes schon so geurteilt wird, dann ist die Einschränkung, die das RWG in seinem Urteil vom 11. Januar 1930 macht, nicht angebracht. Denn der Schwerbeschädigte hat doch meistens seinen Einfluß auf die Gestaltung des Tarifvertrags, der Arbeitsordnung oder des Arbeitsvertrags. Er muß durchweg den Arbeitsplatz nehmen, den ihm die Hauptfürsorgestelle anweist, auch also den, der die Weiterzahlung des Lohnes bei Arbeitsunfähigkeit infolge Kriegsbeschädigung ausschließt.

Notwendig ist eine bestimmtere Fassung des § 13 des Schwerbeschädigtengesetzes, damit eine so verschiedenartige Urteilsfassung bei den Arbeitsgerichten unterbleibt. Ganz gewiß trägt das auch nicht zum Ansehen der Arbeitsgerichte bei. Der Schwerbeschädigte hat ein Anrecht darauf, in der Zeit seiner manchmal recht langen Arbeitsunfähigkeit nicht wirtschaftlich zurückzukommen. Der tatsächliche Zustand ist heute der, daß das Reich versucht, die Unterhaltspflicht in diesem Falle auf die Unternehmer abzuwälzen. Diese sagen: Wie kommen wir dazu? Das ist Aufgabe einzig und allein des Reiches ist, hier einzugreifen, ergibt sich aus der gesamten Versorgungsgegebung. D. E. (Bremen.)

Korrespondenzen

Hn. Berlin. (Generalsammlung vom 19. Juni 1930.) Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Kollege Albrecht dem nach kurzer Krankheit verstorbenen Kollegen Richard Wandura, Vertreter der Korrektoren in Gausvorstand, ehrende Nachrufworte. Zum ersten Tagesordnungspunkt, Bericht über das zweite Quartal 1930, führte Kollege Braun aus: Das vergangene Vierteljahr war nach vielen Seiten hin sehr bewegt und ereignisreich. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 16 044, am 15. Juni 16 135; zugeerbt sind 122, zum Beruf zurück 11, Neueintritte 46, wieder eingetretene 101, Aberritte von der Lehrlingsabteilung 299, insgesamt 679 Zugänge; abgetreten sind 189, vom Beruf abgemeldet 17, ausgeschieden 17, Invalide geworden 95, gestorben 43, insgesamt 488, mithin verblieb ein Mehr von 91 Mitgliedern. Die Lehrlingsabteilung besteht nunmehr 10 Jahre; ihre Mitgliederbestand hat sich gegenüber dem Ende des ersten Quartals 1930 von 2063 auf 2051 vermindert. Der Durchschnitts-

besuch der Versammlungen war 400 bis 500. Vom 7. bis 9. Juni machten gegen 600 Lehrlinge eine Fahrt nach der Sächsischen Schweiz mit anschließender Befähigung der Dresdener Hygieneausstellung. Die Lehrlingsabteilung hat nunmehr auch ihr eigenes Mitteilungsblatt unter dem Titel „Jungkollege“. Aber das Refusat der Wähler der Betriebsvertretungen in Berliner Buchdruckerbetrieben für 1930 machte Braun folgende Mitteilungen: Erfahrt wurden 137 Betriebe mit 28 214 Beschäftigten, von denen 10 258 dem Verband der Deutschen Buchdrucker angehören. Von 698 gewählten Arbeiterräten gehören dem Verband bzw. den freien Gewerkschaften 655 an. In 7 Betrieben mit 8826 Beschäftigten wurden kommunistische Oppositionslisten eingereicht; 2055 der Beschäftigten gehörten dem Verband, 4687 andern freien Gewerkschaften an. Von 7661 abgegebenen gültigen Stimmen erhielten die freien Gewerkschaften 4583, die kommunistische Opposition 2582, andre gegnerische Listen 516 Stimmen. Die kommunistische Opposition erhielt 21 Vertreter, von denen 18 nichtorganisiert sind (einschließlich drei von uns ausgeschlossener Kollegen). Sehr eingehend behandelte Redner den Stand der Arbeitslosigkeit. Am 7. März waren 2212, am 14. Juni 2260 Kollegen ohne Beschäftigung. Ferienausreisen hatten auf die Verminderung der Arbeitslosen je gut wie keinen Einfluß, nur bei den Maschinenhebern ging die Zahl von 225 auf 92 zurück. Die Arbeitslosigkeit stellte an die Gewerkschaft enorme Anforderungen, um die Not der Arbeitslosen zu lindern. Rund 188 000 M. wurden für diese Zwecke von Januar bis Mai 1930 verausgabt. Zum Johannistfest erhalten die Arbeitslosen und Invaliden je 5 M., um ihnen den Besuch des Festes zu ermöglichen. Der anhaltende Kapital- und Auftragsmangel ist nicht nur eine Eigenfälligkeit Berlins, denn eine Statistik über die Provinz Brandenburg-Grenzmarkt weist auch dort eine allgemeine industrielle Notlage nach. In diesem Bezirk wurden 193 Betriebe mit annähernd 18 000 Beschäftigten gänzlich stillgelegt und in 205 Betrieben wurden von 30 000 Beschäftigten mehr als 17 000 wegen Einschränkung des Betriebes entlassen. In Berlin haben wir die gleiche trostlose Lage. In allen Zeitungen, auch in der „Roten Fahne“, gibt es eine stehende Rubrik: Massenentlassungen und Stilllegungen! Und trotzdem werden in den Bezirksversammlungen Anträge gestellt und teilweise auch angenommen, die 10 M. Lohnhöhung für alle fordern und bei Nichterfüllung dieser Forderung mit dem Streik drohen! Es ist mehr als leichtfertig, jetzt zu einem Kampf aufzufordern und noch einen Erfolg zu versprechen. Der Parteiman und Verammlungsredner kann starke Töne riskieren, der verantwortungsvolle Gewerkschaftsleiter muß dagegen prüfen und die Konsequenzen abwägen, wenn er auch als hilflos und reaktionär verfahren wird. Lohnabbauversuche sind auch bei uns vereinzelt versucht und durch unser Eingreifen und — was ausbrüchlich festgestellt sei — mit Hilfe der Prinzipalsleitung verhindert worden. Mancher der dem Lohnabbau Bedrohten hat eingesehen und anerkannt, daß in trüben Zeiten eine Tarif- und Vertragsgemeinschaft nützlich sein kann. Wenn wir auch in der Zeit des Raketenraus und der Mondrate leben, so müssen wir doch stets auf realen Boden leben! Das hat auch die übergroße Mehrheit der Berliner Kollegen eingesehen und in der Urabstimmung dem Manteltarif zugestimmt. Re: Bei den Maßnahmen des Verbands und des Gausvorstandes im Falle des Konflikts in der „Deutschen Tageszeitung“ begibt sich und Resolutionen der Verurteilung abgelehnt. Das gleiche Schicksal hatten solche Anträge, die sich gegen den Verbandsvorstand in der Frage der Nichtbindung des Lohntarifs und des Ausschlußverfahrens gegen Mahlo richteten. Dies alles trotz der intensiven Gegenagitiation in Wort und Schrift! Wurden doch in beiden Angelegenheiten nur in drei Bezirken vor fast geleertem Haus Mitrauentensorten angenommen, während sieben Bezirke sich für den Verbands- und Gausvorstand ausgesprochen und in einem Bezirk Anträge nicht eingebracht wurden. Das ist ein Beweis, daß nicht nur die „Zusammengeschobene“ Generalsammlung des Gaus, sondern auch die Bezirksversammlungen, in denen das „unbeeinflusste“ Gros der Mitglieder zusammenkommt, hinter ihren selbstgewählten Intelligenz stehen. Sowohl im „Graphischen Block“ wie in einer Extraausgabe desselben sind die Organisationsinstanzen in häßlichster, unvollständigster Weise herabgesetzt worden. Verbands- und Gausvorstand lassen sich das nicht mehr gefallen und werden gegen die Schreiber dieser Artikel, wenn sie uns bekannt werden, mit allen statutarischen Mitteln vorgehen. Es ist fortan nicht mehr gestattet, in den von der Organisation gemieteten Räumen den „Graphischen Block“ zu verkaufen oder auszugeben. Widerspruch bei einem kleinen Teil, lebhafter Beifall bei der großen Mehrheit der Versammlung! Wer von heute ab gegen dieses Verbot handelt, hat, wenn er Mitglied ist, die sühnenswerten Folgen zu tragen, ist er Nichtmitglied, so hat er keinen Zutritt und wird wegen Hausfriedensbruchs belangt. Kollege Braun ging dann auf die Differenzen des Gausvorstandes mit dem Brandenburgischen Maschinenseherverein ein, die sich aus dem Konflikt in der „Deutschen Tageszeitung“ ergeben haben. Der Streik ist von allen Seiten offiziell als beendet erklärt worden. Nur ein kleiner Teil ist in die „Deutsche Tageszeitung“ zurückgegangen. Der Ursprung und Verlauf der Differenzen mit dem Brandenburgischen Maschinenseherverein sind aus dem „Korr.“ bekannt. Da Mahlo der Aufforderung des Gausvorstandes zur Abgabe einer ausreichenden Erklärung nicht nachkam, beschloß der Gausvorstand einstimmig, jede weitere Zusammenarbeit mit Mahlo abzulehnen. Weiter machte der Redner Mitteilungen, die den Verbandsvorstand zur Einleitung des Ausschlußverfahrens gegen Mahlo veranlassen und verlas das Rundschreiben Nr. 16 des Verbandsvorstandes vom 17. Juni 1930 sowie das an Mahlo gerichtete Schreiben, worin ihm der Ausschluß mitgeteilt wird. Damit ist unter etne Sache ein Schlußstrich gesetzt worden, die einen besseren Verlauf angenommen hätte, wenn Mahlo mehr Einsicht und weniger Eigennutz gezeigt hätte. Zum Schluß seiner Ausführungen ging Braun auf die Angriffe der reaktionären Reichsregierung ein, die sich gegen die Arbeitslosen und Krankenversicherung richteten, wandte sich ferner gegen den Schiedspruch von Dönhaußen und legte folgende Entschärfung des Gausvorstandes vor:

Am 19. Juni 1930 im Gewerkschaftshaus laufende Generalsammlung des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer protestiert aufs schärfste gegen die von Reichsregierung geplanten tief einschneidenden Verände-

runge des Gesetzes über Arbeitslosenversicherung wie auch der Krankenversicherung, da sie für die wertvolle Bevölkerung untragbar und schädlich sind.

Ebenso enthielten protestieren die Berliner Buchdrucker gegen den Schiedspruch von Dönhaußen und die Verbindlichkeitsklärung des Reichs- und Reichsärztes. In dieser Schiedspruch eine völlig einseitige Parteilichkeit für das Unternehmen ist.

Die Verammlungen erwarten von Reichsregierung und Reichstag, daß beide Instanzen Mittel und Wege finden, um die Arbeitslosigkeit vor der Auswirkung der geplanten schweren Schläge zu bewahren.

Sollte diese Erwartung getäuscht werden, so werden die Vertreter der Berliner Buchdrucker in Gemeinschaft mit der gesamten organisierten Arbeiterkraft sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen die beschlossenen Verändierungen zur Wehr setzen.

Der Gausvorstand.

Kollege Albrecht verlas hierauf eine inzwischen eingegangene Resolution, die sich gegen Mahlos Ausschluß wendet. Im ganzen hatten sich 12 Redner gemeldet. Die Versammlung stimmte mit großer Mehrheit einem Antrag auf zehn Minuten Redezeit zu. Als erster Oppositionsredner wandte sich Kollege Bahle gegen die von Braun eingebrachte Resolution und bezeichnete sie als Papierresolution, hinter der nichts stehe. Jahrelang habe man gegen Mahlo Material zusammengetragen; er erinnerte den Kollegen Braun an seine frühere oppositionelle Haltung. Wer heute gegen den Streik ist, werde ausgeschlossen. Der Lohnabbau werde doch kommen und verweilt auf die bei der Reichsdruckeri vorgenommenen Maßnahmen. Zum Schluß brachte er selbst eine Resolution ein, was von der Versammlung mit Heiterkeit quittiert wurde. Da seine Redezeit abgelaufen, wurde die Resolution von dem Kollegen Albrecht verlesen. Kollege Nowacki wandte sich gegen Brauns Ausführungen über die Zuanpruchnahme der Kassen. Aber den Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit sei er hinweggegangen. Redner erregte mit seinen weiteren Ausführungen Gefächter. Als er zu Mahlos Ausschluß sprach und zu beleidigenden Äußerungen überging, setzte ein lebhafter Sturm und Schlußrufe ein, so daß der Redner abtreten mußte, nachdem er zur Ordnung gerufen worden war. Kollege Alfred Schulte kritisierte die Stellungnahme Wahlters zur Resolution des Gausvorstandes. Wenn alle bisherigen kommunistischen Resolutionen zur Durchführung gekommen wären, dann hätten wir schon das goldene Zeitalter. Er verlangte den Nachweis der Durchführbarkeit der kommunistischen Resolution. Zum Fall Mahlo sagte er, die Kommunisten sollten sich sehr wenig damit beschäftigen, denn in der KPD werde jeder wegen des geringsten Vorgehens ausgeschlossen. Die Verbandsinstanzen haben sich eingehend mit der Materie beschäftigt. In seiner Massenbewegung des Proletariats dürfen durch einzelne Mitglieder Schwierigkeiten gemacht werden. Wir haben auf Gefährlichkeit der Organisation zu achten. Kollege Krause: Wir müssen auf dem Boden der Tatsachen stehen. Durch unsre Unterstellungen nimmt man dem Staate einen Teil seiner Kräfte ab. Er bemängelte die Differenzierung bei dem Bezug der Sonderunterstützung. Ein Sozialdemokrat habe zu Mahlnachten Unterstützung erhalten, ohne die vorgeschriebenen sechs Beiträge geleistet zu haben. Mit den Arbeitslosen wolle man sich überhaupt nicht beschäftigen. Er verlangt Kampf gegen den Kapitalismus, da die Gewerkschaftsführer für die Arbeiterbewegung kämpfen. Die Verbreitung des „Graphischen Blocks“ werde sich die Opposition nicht verbieten lassen. Kollege Krause: Mahlo trage selbst die Schuld an seinem Ausschluß, der nicht wegen seiner oppositionellen Einstellung erfolgt sei. Die heutige Opposition halte einen Vergleich mit der früheren gar nicht aus. Wegen der Tarifgemeinschaftspolitik sei es im Verbandslogar zur Spaltung gekommen. Das alles wissen die heutigen Oppositionsleute nicht, deswegen empfehle er ihnen das Studium der Verbandsgeschichte, wenn sie über solche Dinge reden wollen. Die heutige Opposition sei nur auf äußere Einflüsse zurückzuführen, und zwar werde sie nicht mit deutschem Gelde gemacht, sondern durch die mit russischem Gelde finanzierte kommunistische Partei. In der Vorkriegszeit habe es starke Differenzen mit einer größeren Mitgliedschaft gegeben, und der Ausschluß Drews in Hannover (genannt „Stabstrompeter“) sei genau wie derjenige Mahlos erfolgt. Der Ausschluß habe mit dem Konflikt in der „Deutschen Tageszeitung“ nichts zu tun; er bedaure, daß mit solchen Mitteln vorgegangen werden müsse. Der Redner ließ noch einmal in großen Zügen all die Dinge Revue passieren, die den Anlaß zum Ausschluß Mahlos gegeben haben. Vorwürfe sind dem Verbandsvorstand von zahlreichen Seiten wegen seiner Langmut gemacht worden. Zur Arbeitszeitfrage bemerkte Redner, daß in den dreiwöchigen Manteltarifverhandlungen der Kampf in der Hauptsache um die Verkürzung der Arbeitszeit geführt worden sei. Gegen die Arbeitslosigkeit, die es in der ganzen Welt gäbe, sei der Kampf auf der ganzen Linie entbrannt. Wir haben zuerst den Vorstoß zur Verkürzung der Arbeitszeit gemacht und teilweise auch die Unparteilichkeit von der Notwendigkeit einer solchen Übergang. Die Annahme des Manteltarifs sei empfohlen worden, weil es in der gegebenen Situation ein Verbieten gewesen wäre, 90 000 Kollegen in den Streik zu treiben. Nicht der Streik allein, sondern die Verhandlungen seien auch Kampf, den er manchem der Oppositionsredner durchzumachen empfehle. Die Urabstimmung der gesamten Kollegenchaft sei entscheidend. Der Verband habe niemals es uns hier vorgeworfene Gemeinschaft mit den Unternehmern gehabt. Mahlo wollte eine besondere gewerkschaftspolitische Richtung des Brandenburgischen Maschinensehervereins schaffen. Beweis: Einladungsstruktur zur Versammlung am 15. Juni. Bei den Verhandlungen am 12. Mai war Mahlo zu keinem Einlenken bereit; erst nach seiner Anwesenheit in Hannover ging eine Erklärung ein. Ein Hohn auf diese Erklärung war dann das Erscheinen der Nr. 6 der „Nachrichten“ des BVB. Mahlo ist nicht der einzige Sänder; auch der „Graphische Block“ schädigt das Ansehen der Organisation. Der Verbandstag hat die Aufrechterhaltung der Ordnung verlangt, auf dem nächsten Verbandstag wird der Verbandsvorstand seine Maßnahmen zu rechtfertigen wissen. (Starker Beifall.) Ein vom Kollegen Herms gestellter Antrag auf Schluß der Diskussion wurde mit übergroßer Mehrheit angenommen, worauf Kollege Braun das Schlußwort erhielt. Nach den Ausführungen des Verbandsvorstandes habe er nicht mehr viel zu sagen. Mahlos Artikel seien Fraßschläge gegen die Organisation. Die Aufrollung des Verhaltens der früheren Opposition und

